



Invalideneinrichtungen für erwachsene Personen im Kanton Zürich

Planungsbericht für die Periode 2014 – 2016

Inhalt

1	Ausgangslage und Ziel.....	2
2	Vorgehen Bedarfsanalyse und Bedarfsplanung	3
2.1	Planungsbereich	3
2.2	Planungsablauf.....	4
2.3	Datengrundlagen der Bedarfsanalyse.....	5
2.4	Vorgehen der Bedarfsanalyse.....	7
3	Das Angebot 2012 im Kanton Zürich	8
3.1	Angebotene Plätze im Bereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“	8
3.2	Anzahl Nutzer/-innen im Bereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“	8
3.3	Angebotene Plätze im Bereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“	10
3.4	Anzahl Nutzer/-innen im Bereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“	10
3.5	Anzahl Wartende gemäss Wartelisten	12
4	Bedarfsrelevante Einflussfaktoren.....	13
4.1	Weiterhin steigende Lebenserwartung	13
4.2	Veränderungen der Aufenthaltsdauer in medizinischen Einrichtungen	14
4.3	Interkantonale Nutzungsverflechtung	15
4.4	Übertritte aus den Sonderschulen	16
4.5	Kurzzusammenfassung bedarfsrelevanter Einflussfaktoren aus dem Expertenhearing	17
5	Bedarfsprognose für 2014 – 2016.....	18
5.1	Schätzung der fehlenden Plätze im Bereich „Kollektiven Wohnen mit Grundbetreuung“	18
5.2	Schätzung der fehlenden Plätze im Bereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“	20
6	Angebotsplanung: Für die Planungsperiode 2014 – 2016 neu zu schaffende Plätze	22
7	Kostenfolgen der Planung 2014-2016.....	26
	Literaturverzeichnis.....	27
	Anhang A: Langfristige Prognose bis 2035	28
	Anhang B: Zusammenfassung des Expertenhearings 2012	33

25. März 2013

1 Ausgangslage und Ziel

Im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) hat die Bundesversammlung am 6. Oktober 2006 das Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG) beschlossen. Gestützt auf das IFEG hat der Kanton Zürich im Gesetz über Invalideneinrichtungen für erwachsene Personen (IEG) die Planung des bedarfsgerechten Angebots zur Förderung von erwachsenen invaliden Personen festgeschrieben. Die NFA wurde auf den 1. Januar 2008 umgesetzt. Der Bund hat sich damit aus der Finanzierung von Bau- und Betriebsbeiträgen an Einrichtungen für Menschen mit Behinderung zurückgezogen.

Ende 2006 hat das Kantonale Sozialamt Zürich die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit erstmals mit der Entwicklung der Grundlagen für die Bedarfsplanung beauftragt. In einem ersten Schritt wurde eine Bestandsaufnahme des Angebots für die Betreuung der erwachsenen invaliden Personen durchgeführt. Dieses so genannte „Angebotsinventar“, das auch wichtige Daten der Nutzer/-innen erfasst, wurde seit dem Jahr 2007 jährlich erhoben und zu einem Angebotsmonitoring ausgebaut. Zudem wird jedes Jahr eine Betreutenliste geführt, in der alle Nutzer/-innen mit dem Eintritts- und dem allfälligen Austrittsdatum sowie weiteren Merkmalen wie Hauptbehinderungsart und Alter aufgeführt sind. Auf diesen beiden Datengrundlagen hat die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit in Zusammenarbeit mit der Abteilung Soziale Einrichtungen des Kantonalen Sozialamtes den Planungsbericht für die Periode 2011 bis 2013 erstellt. Der vorliegende Planungsbericht umfasst nun die daran anschliessende Planungsperiode 2014 bis 2016 und hat zum Ziel, das Angebot resp. die Platzzahlen zu prognostizieren, die für die Jahre 2014 bis 2016 im Kanton Zürich zur Verfügung gestellt werden sollten.

Das methodische Vorgehen für die kurzfristige Prognose wurde im Wesentlichen aus der Planungsperiode 2011 bis 2013 übernommen. Neu enthält der Planungsbericht auch eine langfristige Prognose, die über die Planungsperiode 2014 bis 2016 hinausgeht und eine Grobprognose der Nachfrage bis ins Jahr 2035 erlaubt (*Anhang A*). Diese wird erstmals mittels eines statistischen Simulationsmodells¹ berechnet, das auf den Daten der Betreutenliste 2011 beruht.

Neu stützt sich der vorliegende Planungsbericht auf zwei Grundlagenberichte, die von der Konferenz der Sozialdirektorinnen und -direktoren der Ostschweizer Kantone und dem Kanton Zürich (SODK Ost+) gemeinsam erarbeitet wurden: Zum einen handelt es sich um das „Konzept für die Bedarfsanalyse und Angebotsplanung“, das am 9. Mai 2011 verabschiedet wurde, zum anderen um das „Finanzierungsmodell für den stationären Behindertenbereich der SODK Ost+“, das am 30. August 2012 genehmigt wurde.

Im nächsten Kapitel wird das Vorgehen für die Bedarfsanalyse und die Bedarfsplanung vorgestellt. Im *Kapitel 3* ist das aktuelle Angebot des Kantons Zürich präsentiert. Das *Kapitel 4* führt wichtige bedarfsrelevante Entwicklungen an, welche die Nachfrage beeinflussen. Das *fünfte Kapitel* listet die prognostizierten Platzzahlen für 2014 bis 2016 auf, die in der Planungsperiode 2014 – 2016 aufgrund der Prognose und den Anträgen der Invalideneinrichtungen realisiert werden sollten. *Kapitel 6* gibt Auskunft über die neu zu schaffenden Plätze für die Jahre 2014-2016 und *Kapitel 7* über die Kostenfolgen.

¹ Die Entwicklung des Simulationsmodells und die daraus folgenden Prognosen wurden von Dr. Lucien Gardiol vom Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) in Bern ausgeführt.

2 Vorgehen Bedarfsanalyse und Bedarfsplanung

Die Bedarfsplanung für Invalideneinrichtungen im Kanton Zürich ist im Konzept zur Förderung der Eingliederung invalider Personen definiert. Sie umfasst zwei Kernelemente: die Bedarfsanalyse und die jeweils vom Regierungsrat für eine bestimmte Zeitperiode festgesetzte Planung. Die folgenden Abschnitte beschreiben diese beiden Elemente. Zunächst wird der Aufgabenbereich definiert, den es zu planen gilt, dann der Planungsablauf vorgestellt und anschliessend die Grundlagen und Vorgehensweisen beschrieben, die für die Bedarfsanalyse verwendet wurden.

2.1 Planungsbereich

Die im Folgenden präsentierte Bedarfsanalyse und Bedarfsplanung beziehen sich auf die Einrichtungen mit Standort im Kanton Zürich, die gemäss IFEG als Einrichtungen zur Förderung der Eingliederung invalider Personen gelten. Gemäss Gesetzgebung des Kantons Zürich (IEG) werden diese als *Invalideneinrichtungen für erwachsene Personen* bezeichnet.

Tabelle 1: Überblick über die Einrichtungstypen

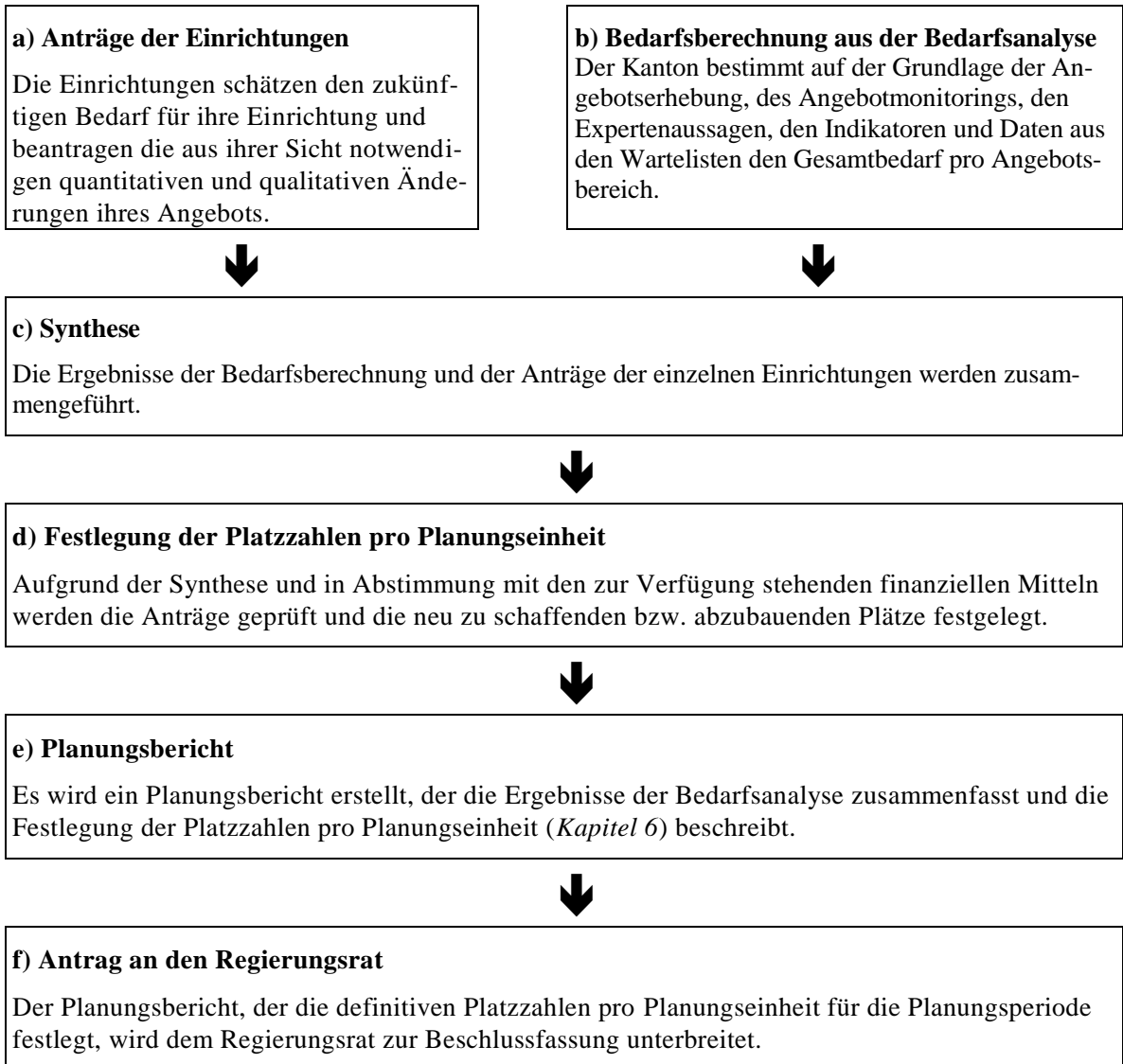
Einrichtungstyp	Beschreibung
Wohnheime und andere betreute kollektive Wohnformen	Wohnheime und geleitete Haushalte, in denen mehr als fünf in der Mehrzahl invalide Menschen während mindestens fünf Tagen pro Woche gegen Entgelt Unterkunft, Verpflegung und Betreuung gewährt wird.
Tagesstätten	Einrichtungen, die mehr als fünf in der Mehrzahl invalide Menschen aufnehmen, die nicht in Werkstätten beschäftigt werden können. Das Angebot soll ihnen ermöglichen, soziale Kontakte in der Gemeinschaft zu pflegen und ohne Leistungsdruck an Beschäftigungs- und Freizeitprogrammen teilzunehmen.
Werkstätten	Einrichtungen, die intern oder an dezentral ausgelagerten Arbeitsplätzen mehr als fünf in der Mehrzahl invalide Menschen beschäftigen und betreuen, die unter üblichen Bedingungen keine Erwerbstätigkeit ausüben können.

Nicht in die Planung einbezogen werden Einrichtungen für die Durchführung von beruflichen Massnahmen der Invalidenversicherung (IV), auch Eingliederungsstätten genannt. Diese bleiben im Zuständigkeitsbereich der IV und sind nicht zu verwechseln mit den Einrichtungen zur Förderung der Eingliederung invalider Personen gemäss IFEG. Für die Bedarfsplanung werden die Einrichtungen weiter in Angebotsbereiche und Angebotsformen unterteilt (*Abschnitt 2.3*).

Gemäss der Bestandsaufnahme vom 1. Oktober 2012 erbrachten 114 vom Kanton anerkannte Einrichtungen Dienstleistungen für invalide Menschen. 85 der 114 Einrichtungen erhalten vom Kanton Zürich einen Finanzierungsbeitrag und liegen daher in der primären Planungsverantwortung des Kantons. Diese Einrichtungen boten 2012 insgesamt 9'289 Plätze an. In den Wohnheimen und anderen betreuten kollektiven Wohnformen waren es 3'551 Plätze und in den Tages- und Werkstätten 5'738 Plätze (*Kapitel 3*).

2.2 Planungsablauf

In der kantonalen Gesetzgebung ist die Bedarfsplanung in § 13 IEG verankert. Sie erfolgt in der Regel alle drei Jahre und beinhaltet die folgenden Arbeitsschritte:



2.3 Datengrundlagen der Bedarfsanalyse

Im Rahmen der Bedarfsanalyse werden die Grundlagen für die Bedarfsplanung der Invalideneinrichtungen für erwachsene Personen im Kanton Zürich erarbeitet. Die Bedarfsanalyse für den Zeitraum 2014 bis 2016 beruht auf den folgenden *Datengrundlagen*.

a) Jährliche Angebotserhebungen 2008 bis 2012

Seit dem Jahr 2007 werden jährliche Bestandsaufnahmen des Angebots im Bereich der Invalideneinrichtungen in Form eines sogenannten Angebotsinventars durchgeführt². Ziel des Angebotsinventars ist es, den Umfang (Platzzahlen) und die Art der Dienstleistungen der Invalideneinrichtungen sowie wichtige Merkmale der Nutzer/-innen zu erheben. Die Stichtagerhebung gibt Auskunft über Platzangebot, Platzbelegung nach Behinderungsart, Merkmale der Nutzer/-innen (z.B. Hauptbehinderungsart, Alter, Geschlecht und Kantonszugehörigkeit) und die Auslastung der Angebote. Dabei wurden die Dienstleistungen der Invalideneinrichtungen in drei Angebotsbereiche aufgeteilt: Die Wohnangebote werden als Angebotsbereich 1 „*Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung*“ bezeichnet und in drei Angebotsformen unterteilt. Es sind dies *Wohneinrichtungen mit umfassender Betreuung* (i.d.R. ständige Betreuung), *betreutes Wohnen* (Betreuung in Räumlichkeiten, die von der Einrichtung zur Verfügung gestellt werden) und *Wohnschulen / Wohntraining* (zentrales und deklariertes Ziel in der Art der Unterbringung ist das Lernen mit einer bestimmten Wohnsituation umzugehen). Werkstätten und Tagesstätten werden im Angebotsbereich 2 „*Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit*“ zusammengefasst und in fünf Angebotsformen gegliedert. Hierbei handelt es sich um *Tagesstätte/Beschäftigung ohne Arbeitsvertrag*, *Beschäftigung mit Arbeitsvertrag*, *Arbeit in Einrichtung (externe Leistung)*, *Arbeit in Einrichtung (interne Leistung)* und *externer Integrationsarbeitsplatz*.

Der Angebotsbereich 3 „*Eingliederung*“ ist nicht Bestandteil der kantonalen Bedarfsplanung. Die Daten aus diesen jährlich durchgeführten Erhebungen dienen neben der Bedarfsplanung auch statistischen Zwecken.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die beiden Angebotsbereiche, die Bestandteil der kantonalen Bedarfsplanung sind.

Tabelle 2: Überblick über die Angebotsbereiche und -formen

Angebotsbereiche	Angebotsformen	Entsprechung IFEG
1) Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung	<ul style="list-style-type: none"> - Wohneinrichtungen mit umfassender Betreuung - betreutes Wohnen - Wohnschulen / Wohntraining 	Wohnheime und andere betreute kollektive Wohnformen
2) Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit	<ul style="list-style-type: none"> - Tagesstätte / Beschäftigung ohne Arbeitsvertrag - Beschäftigung mit Arbeitsvertrag - Arbeit in Einrichtung; externe Leistung - Arbeit in Einrichtung; interne Leistung - Externer Integrationsarbeitsplatz 	Werkstätten, Tagesstätten

² In der Angebotserhebung 2008 wurde gegenüber dem Jahr 2007 das Konzept der Datenerhebung etwas modifiziert. Zudem konnte die Qualität der Datenerhebung gesteigert werden. Daher ist die Vergleichbarkeit mit dem vorausgehenden Jahr eingeschränkt.

b) Liste der betreuten Personen von 2008 bis 2011

In Ergänzung zu den Daten der Angebotserhebungen bieten sich für die Bedarfsprognose die Angaben aus den umfangreichen Listen der betreuten Personen an, die das Kantonale Sozialamt seit 2008 jährlich führt. In den Betreutenlisten sind in den beitragsberechtigten Invalideneinrichtungen u.a. die Ein- und Austritte sämtlicher Nutzer/-innen ersichtlich. Seit 2008 wurde die Datenqualität der Betreutenlisten mit ihren jährlich ca. 9'000 Einträgen schrittweise verbessert. Auf der Basis der Betreutenliste 2011 konnte so erstmals ein statistisches Simulationsmodell entwickelt und umgesetzt werden, das eine längerfristige Prognose erlaubt (*Anhang A*).

c) Wartelisten

Eine Warteliste dient als wichtige Grundlage für die kurzfristige Analyse des Platzbedarfs: Wenn bei den Platzierungsanfragen mehrfache Anmeldungen identifiziert und bereinigt sind, ergibt sich – im Sinn einer aussagekräftigen Bedarfserhebung – ein gutes Bild, wie viele potentielle Nutzer/-innen mit welchen Merkmalen auf welches Angebot warten.

Seit 2009 hat jede Invalideneinrichtung im Kanton Zürich eine Warteliste zu führen und diese dem Kantonalen Sozialamt in regelmässigen Abständen zur Verfügung zu stellen. Die Verantwortlichen des Kantonalen Sozialamtes konsolidieren die Wartelisten, korrigieren Mehrfachnennungen und haben so Grundlagen für das kurzfristig anzupassende Angebot.

d) Weitere Daten der Abteilung „Soziale Einrichtungen“ des Kantonalen Sozialamtes

In die Bedarfsprognose wurden weitere Datenquellen der Abteilung „Soziale Einrichtungen“ des Kantonalen Sozialamtes einbezogen. Es handelt sich dabei um die Leistungsvereinbarungen mit den Invalideneinrichtungen, die Einstufungen des individuellen Betreuungsbedarfs (IBB-Einstufungen) und die bewilligten Plätze.

Die Analysen der Angebotserhebungen, der Betreuten- und Wartelisten sowie der zusätzlichen Angaben des Kantonalen Sozialamtes werden im *dritten* (Angebot 2012), *fünften* (Prognose 2014 – 2016) und *sechsten* (Angebotsplanung 2014 – 2016) *Kapitel* präsentiert.

e) Expertenhearing

Expertenhearings sind wenig aufwändige Verfahren, um in einem bestimmten Aufgabenbereich oder zu einer ausgewählten Fragestellung fachlich breiter abgestützte Einschätzungen in Erfahrung zu bringen. Sie eignen sich auch sehr gut für eine frühzeitige Erkennung von Entwicklungen. Werden sie im Rahmen einer Bedarfsanalyse angewandt, liegt ihr Fokus auf der Identifizierung und Bewertung relevanter zukünftiger Entwicklungen und weniger auf einer möglichst genauen Vorhersage von Platzzahlen. Da Fachpersonen häufig über eine gewisse Interessensbindung verfügen, sind die Ergebnisse von Expertenhearings sorgfältig zu prüfen. Für die Bedarfsanalyse des Kantons Zürich wurde am 12. September 2012 ein Expertenhearing durchgeführt, an welchem Fachpersonen teilnahmen, die über spezifische Kenntnisse im Bereich der Lebenssituation und Angebotsgestaltung für erwachsene Menschen mit einer Behinderung verfügen (*siehe Anhang B*).

2.4 Vorgehen der Bedarfsanalyse

a) Fortschreibung der Entwicklungen zwischen 2008 und 2012

Die Prognose des Platzbedarfs für die Planungsperiode 2014 bis 2016 in den beiden Planungseinheiten „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“ sowie „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“ stützt sich zum einen auf der linearen Fortschreibung der Entwicklungen zwischen 2008 und 2012. Die entsprechenden Daten stammen aus den jährlichen Angebotserhebungen.

b) Simulationsmodell

Zum anderen basiert die Prognose auf einem statistischen Simulationsmodell, das den längerfristigen Platzbedarf bis 2035 schätzt (*Anhang A*). Das Simulationsmodell prognostiziert erstmals auf der Grundlage der Betreutenliste 2011 die längerfristigen Eintritts- und Austrittswahrscheinlichkeiten. Dabei werden die zukünftigen Eintrittswahrscheinlichkeiten aufgrund der Bevölkerungsentwicklung im Kanton Zürich bis 2035 gemäss Bundesamt für Statistik geschätzt. Die Austrittswahrscheinlichkeiten wurden aufgrund der Betreutenliste 2011 berechnet und mit statistischen Verfahren (Regressionsanalysen) nach Hauptbehinderungsarten und Altersgruppen aufgeschlüsselt. Die Prognosequalität des neu entwickelten Simulationsmodells verbessert sich mit dem Einbezug der Betreutenlisten der nächsten Jahre Schritt für Schritt.

c) Abgleich der linearen Fortschreibung mit den Resultaten des Simulationsmodells

Für die Planungsperiode 2014 bis 2016 zeigt sich, dass im Vergleich zum Simulationsmodell aus der linearen Fortschreibung ein etwas höherer Platzbedarf resultiert. Aus den vertieften Analysen ergeben sich Hinweise, dass die lineare Fortschreibung den Platzbedarf möglicherweise etwas überschätzt. Aus diesem Grund wurde für die Bestimmung des Platzbedarfs der *Mittelwert aus den beiden Prognoseverfahren* verwendet (*Kapitel 5*).

d) Berücksichtigung der Wartelisten und des Auslastungsgrades

Da in den nächsten Jahren die *Warteliste* noch etwas reduziert und weiterhin die Wahlfreiheit der Menschen mit Behinderung gewährleistet werden soll, wird der prognostizierte Dreijahreswert noch um die Hälfte der aktuellen Wartelisteplätze aufgestockt.

Für die so geschätzten Plätze wurde ein Auslastungsgrad von 95% angenommen. Diese durchschnittliche Auslastungsziffer basiert auf den Ergebnissen der Angebotserhebungen der Jahre 2008 bis 2012 und trägt dem Umstand Rechnung, dass es nicht möglich ist, dass alle Invalideneinrichtungen immer bis auf den letzten Platz gefüllt sind.

e) Festlegung der neu zu schaffenden Platzzahlen

Zur Ermittlung der neu zu schaffenden respektive abzubauenen Plätze in der Planungsperiode 2014 bis 2016 (*Kapitel 6*) wurden die vom Kantonalen Sozialamt in dieser Planungsperiode bereits bewilligten Plätze vom prognostizierten Platzbedarf in Abzug gebracht.

3 Das Angebot 2012 im Kanton Zürich

3.1 Angebotene Plätze im Bereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“

Wie aus der *Tabelle 3* ersichtlich ist, bestand das Angebot im Angebotsbereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“ im Jahr 2012 aus insgesamt 3'551 Plätzen. Diese Plätze teilen sich wie folgt auf die drei Angebotsformen auf: Die allermeisten Plätze, nämlich 3'276 (92.3%), existieren in der Angebotsform „Wohnheim / Wohngruppe“. In der Angebotsform „betreutes Wohnen“ wurden 253 Plätze (7.1%) zur Verfügung gestellt und in der Angebotsform „Wohnschulen“ 22 Plätze (0.6%).

Tabelle 3: Angebotene Plätze im Bereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“ 2012

Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung		angebotene Plätze*	
		Anzahl Plätze	in Prozent
Angebotsform	11 Wohnheim / Wohngruppe	3'276	92.3
	12 betreutes Wohnen	253	7.1
	13 Wohnschulen	22	0.6
	Total	3'551	100.0

Datenquellen: Angebotserhebung 2012, Liste der Leistungsvereinbarungen 2012

Legende: * Zur Ermittlung der angebotenen Plätze wurden die Daten der Angebotserhebung mit der Liste der Leistungsvereinbarungen abgeglichen.

3.2 Anzahl Nutzer/-innen im Bereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“

Die nächste Tabelle zeigt, dass 2012 3'427 Menschen mit einer Behinderung in einer beitragsberechtigten Einrichtung im Bereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“ lebten. Dies entspricht am Stichtag einer Auslastung von 96.5%. Weiter ist ersichtlich, wie sich die betreuten Personen auf die Angebotsformen, die Hauptbehinderungsart, die Altersgruppen und Stufen des individuellen Betreuungsbedarfs (IBB)³ verteilen.

³ Die IBB-Stufe „4“ bezeichnet den maximalen und die Stufe „0“ den minimalen Betreuungsbedarf. Das Einstufungskonzept wurde im Rahmen der Arbeiten am Finanzierungsmodell für den Behindertenbereich der SODK Ost+ (2012) gemeinsam mit den Ostschweizer Kantonen entwickelt.

Tabelle 4: Anzahl Nutzer/-innen im Bereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“ 2012

Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung		Anzahl Nutzer/-innen*	
		Anzahl Nutzer/-innen	in Prozent
Angebotsform	11 Wohnheim/Wohngruppe	3'179	92.8
	12 betreutes Wohnen	240	7.0
	13 Wohnschulen	8	0.2
	Total	3'427	100.0
Art der Behinderung	Geistig	2'110	61.6
	Körperlich	229	6.7
	Psychisch	812	23.7
	Sinnesbehindert	120	3.5
	Hirnverletzt	94	2.7
	Autistisch	62	1.8
	Total	3'427	100.0
Alter	unter 18 Jahre	1	<0.1
	18-45 Jahre	1'761	51.4
	46-55 Jahre	802	23.4
	56-64 Jahre	523	15.3
	65 und älter	340	9.9
	Total	3'427	100.0
IBB-Einstufung	4 Maximum	387	11.3
	3 schwer	674	19.7
	2 mittel	973	28.4
	1 leicht	895	26.1
	0 Minimum	355	10.4
	ohne Einstufung	143	4.1
	Total	3'427	100.0

Datenquellen: Angebotserhebung 2012, Liste der Leistungsvereinbarungen 2012, Erhebungen des Kantonalen Sozialamtes zu den IBB-Einstufungen

Legende: * Zur Ermittlung der Nutzer/-innen wurden die Daten der Angebotserhebung mit der Liste der Leistungsvereinbarungen abgeglichen.

Der Grossteil der Nutzer/-innen (92.8%) lebte 2012 in einem Wohnheim oder einer Wohngruppe. Die meisten Bewohner/-innen (61.6%) haben eine geistige Behinderung. Die zweitgrösste Gruppe der Nutzer/-innen sind Menschen mit einer psychischen Behinderung; sie umfassen knapp ein Viertel aller Nutzer/-innen. Die grösste Altersgruppe ist jene der 18- bis 45-Jährigen (51.4%), die zweitgrösste ist jene der 46- bis 55-Jährigen (23.4%). Die Verteilung der IBB-Einstufung gleicht nahezu einer Gauss'schen Glockenkurve. Am häufigsten ist die IBB-Einstufung 2 „mittel“ mit 28.4% verzeichnet. Die tiefste und höchste IBB-Einstufung sind beide mit etwa 11% am wenigsten vertreten und beiden Einstufungen „schwer“ und „leicht“ mit 19.7% und 26.1%.

3.3 Angebotene Plätze im Bereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“

In den beitragsberechtigten Einrichtungen wurden 2012 insgesamt 5'738 Plätze im Bereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“ angeboten. Diese Plätze verteilen sich wie folgt auf die fünf Angebotsformen: Etwa die Hälfte der Plätze (2'920 Plätze) werden der Angebotsform „Arbeitsplatz externe Leistung“ zugerechnet (50.9%), 1'809 Plätze (31.5%) der Angebotsform „Tagesstätte / Beschäftigung“, 296 Plätze (5.1%) der Angebotsform „Beschäftigungsplatz“, 651 Plätze (11.4%) der Angebotsform „Arbeitsplatz interne Leistung“ und 62 Plätze (1.1%) der Angebotsform „externer Integrationsplatz“.

Tabelle 5: Angebotene Plätze im Bereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“ 2012

Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit		angebotene Plätze*	
		Anzahl Plätze	in Prozent
Angebotsform	21 Tagesstätte / Beschäftigung	1'809	31.5
	22 Beschäftigungsplatz	296	5.1
	23 Arbeitsplatz externe Leistung	2'920	50.9
	24 Arbeitsplatz interne Leistung	651	11.4
	25 externer Integrationsplatz	62	1.1
	Total	5'738	100.0

Datenquellen: Angebotserhebung 2012, Liste der Leistungsvereinbarungen 2012

Legende: * Zur Ermittlung der angebotenen Plätze wurden die Daten der Angebotserhebung mit der Liste der Leistungsvereinbarungen abgeglichen.

3.4 Anzahl Nutzer/-innen im Bereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“

Die folgende Tabelle zeigt, wie viele Nutzer/-innen sich im Jahr 2012 in einer beitragsberechtigten Einrichtung im Angebotsbereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“ befanden. Es fällt auf, dass im Bereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“ die Anzahl Nutzer/-innen grösser als die Anzahl angebotener Plätze ist. Das rührt daher, dass in diesem Angebotsbereich – im Unterschied zum Wohnbereich – viele Nutzer/-innen Teilzeit arbeiten, sodass die Nutzer/-innen-Zahl die Anzahl angebotene Plätze übersteigt.

Aus der Tabelle ist weiter ersichtlich, dass etwa die Hälfte der Nutzer/-innen (53.5%) im Bereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“ einen Platz in der Angebotsform „Arbeitsplatz externe Leistung“ belegen. Die am zweit häufigsten in Anspruch genommene Angebotsform ist jene der „Tagesstätte / Beschäftigung“ (29.7%). Wie im Angebotsbereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“ ist auch im Bereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“ die häufigste Hauptbehinderungsart eine geistige Behinderung (48.6%) und die zweit häufigste eine psychische Behinderung (38.0%). Während im Bereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“ der Anteil geistig behinderter Menschen einiges grösser ausfällt als im Bereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“ (61.6% versus 48.6%), gestaltet sich dieses Verhältnis in Bezug auf die Hauptbehinderungsart „psychische Behinderung“ genau umgekehrt (23.7% versus 38.0%). Auch die Altersverteilung im Bereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“ ähnelt jener im Bereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“. Die grösste Altersgruppe ist jene der 18- bis 45-Jährigen (56.5%) und die zweit grösste jene der 46- bis 55-Jährigen (25.0%). Die IBB-Einstufungen im Bereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“ zeigen im Vergleich zum Angebotsbereich „Kollektives

Wohnen mit Grundbetreuung“ etwas geringere Anteile bei den Kategorien mit einem hohen Betreuungsaufwand und etwas höhere beim geringen Betreuungsbedarf.

Tabelle 6: Anzahl Nutzer/-innen im Bereich "Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit" 2012

Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit		Anzahl Nutzer/-innen*	
		Anzahl Nutzer/-innen	in Prozent
Angebotsform	21 Tagesstätte / Beschäftigung	2'063	29.7
	22 Beschäftigungsplatz	348	5.0
	23 Arbeitsplatz externe Leistung	3'714	53.5
	24 Arbeitsplatz interne Leistung	737	10.7
	25 externer Integrationsplatz	79	1.1
	Total	6'941	100.0
Art der Behinderung	geistig	3'372	48.6
	körperlich	508	7.3
	psychisch	2'640	38.0
	sinnesbehindert	209	3.0
	hirnverletzt	138	2.0
	autistisch	74	1.1
	Total	6'941	100.0
Alter	unter 18 Jahre	9	0.1
	18-45 Jahre	3'917	56.5
	46-55 Jahre	1'737	25.0
	56-64 Jahre	959	13.8
	65 und älter	319	4.6
	Total	6'941	100.0
IBB-Einstufung	4 Maximum	819	11.8
	3 schwer	916	13.2
	2 mittel	2'096	30.2
	1 leicht	2'152	31.0
	0 Minimum	611	8.8
	ohne Einstufung	347	5.0
	Total	6'941	100.0

Datenquellen: Angebotserhebung 2012, Liste der Leistungsvereinbarungen 2012, Erhebungen des Kantonalen Sozialamtes zu den IBB-Einstufungen

Legende: * Zur Ermittlung der Nutzer/-innen wurden die Daten der Angebotserhebung mit der Liste der Leistungsvereinbarungen abgeglichen.

3.5 Anzahl Wartende gemäss Wartelisten

Seit dem Jahr 2009 haben die Invalideneinrichtungen im Kanton Zürich eine Warteliste zu führen, die sie dem Kantonalen Sozialamt regelmässig zur Verfügung stellen (*Kapitel 2.3*). In Ergänzung zur Auslastungsquote ist die Zahl der wartenden Personen ein wichtiger Indikator zur Verfügbarkeit und Nutzung der Angebote der Invalideneinrichtungen.

Zwischen 2010 und 2013 hat die Anzahl Wartender im Angebotsbereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“ von 154 auf 98 abgenommen. Auch im Angebotsbereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“ hat sich die Anzahl Wartender zwischen 2009 und 2012 reduziert und zwar von 286 auf 108. In der neuen Planungsperiode von 2014 – 2016 besteht das Ziel, die aktuellen Werte der Warteliste nochmals schrittweise auf die Hälfte des aktuellen Standes zu reduzieren.

4 Bedarfsrelevante Einflussfaktoren

Die Identifikation von möglichen Einflussfaktoren auf die zukünftige Nachfrage erlaubt es, Trends zu berücksichtigen, die für die mittelfristige Angebotsplanung im Kanton Zürich relevant sein können. Dabei interessieren insbesondere fachliche, strukturelle, politische und gesellschaftliche Veränderungen, die in Zukunft einen Einfluss auf das stationäre Angebot für Menschen mit Behinderung haben dürften. Als Grundlage für dieses Kapitel dienen die Aussagen, die während des Expertenhearings vom 12. September 2012 (*Abschnitt 2.3, Anhang B*) gemacht wurden sowie spezifische Auswertungen des Angebotmonitorings und der Betreutenlisten. Die Verantwortlichen des Kantonalen Sozialamtes haben diese Grundlagen gesichtet und eine Einschätzung des Inhalts und der Relevanz der einzelnen Einflussfaktoren vorgenommen. Die als besonders relevant befundenen Einflussfaktoren werden in diesem Kapitel kurz angeführt. Es handelt sich hierbei um die weiterhin steigende Lebenserwartung der Menschen mit Behinderung, um Veränderungen der Aufenthaltsdauer in medizinischen Einrichtungen, um die Nutzungsverflechtung des Kantons Zürich mit den Kantonen der Ostschweiz und um Übertritte aus den Sonderschulen. Eine Kurzzusammenfassung von weiteren, im Expertenhearing genannten und von den Verantwortlichen des Kantonalen Sozialamtes als relevant befundenen Einflussfaktoren rundet das Kapitel ab; die ausführliche Fassung findet sich im *Anhang B*.

4.1 Weiterhin steigende Lebenserwartung

Die Lebenserwartung der Menschen mit Behinderung steigt weiterhin an. Dies führt dazu, dass die Anzahl älterer Menschen mit einer Behinderung in den Invalideneinrichtungen weiter zunehmen wird. Dieser generelle Trend zeigt sich auch im Kanton Zürich, wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist. Im Unterschied zum letzten Kapitel wurden die ausgewiesenen Nutzer/-innen-Zahlen in dieser Tabelle nicht mit der Liste der Leistungsvereinbarungen abgeglichen. Die angegebenen Werte sind aus diesem Grund etwas höher.

Tabelle 7: Altersverteilung der Nutzer/-innen im Kanton Zürich 2008 und 2012

		Anzahl Nutzer/-innen 2008		Anzahl Nutzer/-innen 2012		Veränderung 2008 - 2012	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	absolut	in Prozent
Wohnen	<i>unter 18 Jahre</i>	0	0.0	1	< 0.1	+1	-*
	<i>18-45 Jahre</i>	1'831	54.5	1'825	51.4	-6	-0.3
	<i>46-55 Jahre</i>	749	22.3	832	23.4	+83	+11.1
	<i>56-64 Jahre</i>	499	14.9	542	15.3	+43	+8.6
	<i>65 und älter</i>	280	8.3	353	9.9	+73	+26.1
	Total	3'359	100.0	3'553	100.0	+194	+5.8

Datenquellen: Angebotserhebungen 2008 und 2012

Legende: * Werte zu klein oder gleich Null, daher keine Prozentangabe.

Im Angebotsbereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“ nimmt die Altersgruppe der über 65-Jährigen prozentual am stärksten zu. Diese Entwicklung zeigt sich auch – von einigen wenigen

Ausnahmen abgesehen – in der gesamten Ostschweiz.⁴ Da im Angebotsbereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“ bei der Angebotsform „Tagesstätte / Beschäftigung“ seit 2008 statistisch relevante Neu- und Umdefinitionen vorgenommen wurden, werden zu diesem Angebotsbereich aufgrund der geringen Vergleichbarkeit keine Angaben präsentiert. Insgesamt stieg die Lebenserwartung der Nutzer/-innen gemäss Betreutenlisten zwischen 2008 und 2012 von 41.5 auf 41.9 Jahre an.

Aufgrund der weiterhin steigenden Lebenserwartung bedarf es in Zukunft einen Ausbau des Pflegeangebots (pflegerische und medizinische Leistungen), wobei sich hier eine enge Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsbereich aufdrängt. Dies gilt in besonderem Mass für Demenzerkrankte, da die Auftretenswahrscheinlichkeit einer Demenzerkrankung für Menschen mit einer geistigen Behinderung, die mit 62% die grösste Gruppe darstellt (2012), vergleichsweise hoch ist.

Nachfragetendenz: Aufgrund der weiterhin steigenden Lebenserwartung wird bei den älteren Menschen mit Behinderung eine Zunahme des Platzbedarfs erwartet.

4.2 Veränderungen der Aufenthaltsdauer in medizinischen Einrichtungen

Die Behandlung in psychiatrischen Kliniken ist seit einigen Jahren stärker auf akute Krankheitsphasen fokussiert. Wurden bislang Menschen mit chronischen psychischen Behinderungen über längere Zeiträume hinweg in psychiatrischen Kliniken hospitalisiert, werden diese heute vermehrt in Wohnheimen untergebracht. Dies stellt die Wohnheime vor entsprechende Herausforderungen, da sich ein Teil dieser Personen durch einen instabilen Krankheitsverlauf, Verhaltensauffälligkeiten und ein niedriges Strukturniveau in der Alltagsbewältigung auszeichnet. Da die Zugangsschwellen und Selektionskriterien der bestehenden Wohnheime für diese Menschen oft hoch sind, wären Angebote mit niedrigem Anforderungsniveau und intensiverer Betreuung angezeigt. Verschiedene Wohnheime im Kanton Zürich haben bereits auf diese neue Situation reagiert. So wurden beispielsweise kontinuierliche Schulungen zu psychiatrischen Themen, Fall- und Supervisionen durch psychiatrisch ausgebildete Fachpersonen eingeführt oder vermehrt psychiatrisch geschultes Fachpersonal angestellt. Dies erhöht die Tragfähigkeit der Wohnheime für Menschen mit schwereren psychischen Beeinträchtigungen und verbessert die Zusammenarbeit mit psychiatrischen Einrichtungen.

Nachfragetendenz: Aufgrund einer kürzeren Aufenthaltsdauer in der stationären Psychiatrie wird erwartet, dass die Invalideneinrichtungen ihr Angebot anpassen müssen.

Personen mit einer Hirnverletzung treten ebenfalls früher aus den Kliniken aus und demzufolge früher in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung ein. Diese Entwicklung verlangt nach ergänzenden Qualifikationen des Personals, namentlich im Bereich Pflege.

Nachfragetendenz: Aufgrund eines kürzeren Aufenthalts in der Rehabilitation bei hirnverletzten Menschen wird erwartet, dass die Invalideneinrichtungen ihr Angebot anpassen müssen.

⁴ StremLOW Jürgen & Villiger Simone (2012). *Vergleich der Angebotserhebung 2008 und 2011 der Ostschweizer Kantone und des Kantons Zürich im Bereich der Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung*. Hochschule Luzern – Soziale Arbeit.

4.3 Interkantonale Nutzungsverflechtung⁵

In den beiden Jahren 2008 und 2011 wurden für die Ostschweizer Kantone und den Kanton Zürich für den Bereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“ erhoben, a) wie viele Nutzer/-innen aus dem eigenen Kanton und wie viele Nutzer/-innen aus den Ostschweizer Kantonen stammen (kantonale Herkunft) und b) wie viele innerkantonale Nutzer/-innen im eigenen bzw. in einem der anderen Ostschweizer Kantone platziert sind (ausserkantonale Platzierungen). Die kantonale Herkunft der Nutzer/-innen im Kanton Zürich im Bereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“ ist in der Tabelle 8 ersichtlich⁶.

Tabelle 8: Kantonale Herkunft der Nutzer/-innen im Bereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“, Anzahl Nutzer/-innen 2008 und 2011

		...AI	...AR	...GL	...GR	...SG	...SH	...TG	...ZH	Total Ostschweizer Herkunft
Nutzer/-innen in Zürich aus...	2008	3	0	18	20	81	40	48	3'411	210
	2011	2	4	20	20	82	39	56	3'546	223
	Veränderung									
	Anzahl	-1	+4	+2	0	+1	-1	+8	+135	+13
	Prozent	k.A.*	k.A.*	+11.1	0	k.A.*	k.A.*	+16.7	+4.0	+6.2

Datenquellen: Angebotserhebungen der Ostschweizer Kantone und des Kantons Zürich, eigene Berechnungen

Zählt man in den beiden Jahren 2008 und 2011 die Zahl der Nutzer/-innen mit ausserkantonomer Herkunft zusammen (rechte Spalte der Tabelle 8), wird deutlich, dass zwischen 2008 und 2011 im Kanton Zürich eine leichte Zunahme zu verzeichnen ist.

Die ausserkantonalen Platzierungen im Bereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“ sind in der folgenden Tabelle aufgeführt.

Tabelle 9: Ausserkantonale Platzierungen im Bereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“, Anzahl Nutzer/-innen 2008 und 2011

		...AI	...AR	...GL	...GR	...SG	...SH	...TG	...ZH	Total Ostschweizer Platzierungen
Zürcher/-innen in...	2008	0	79	4	11	84	27	149	3'411	354
	2011	0	83	4	13	86	33	152	3'546	371
	Veränderung									
	Anzahl	0	+4	0	+2	+2	+6	+3	+135	+17
	Prozent	0	+5.1	0	+18.2	+2.4	+22.2	+2.0	+4.0	+4.8

Datenquellen: Angebotserhebungen der Ostschweizer Kantone und des Kantons Zürich, eigene Berechnungen

Auch hier zeigt sich bei der Anzahl ausserkantonomer Platzierungen zwischen den Jahren 2008 und 2011 (rechte Spalte der Tabelle 9) eine leichte Zunahme.

⁵ Da nur Daten der Ostschweizer Kantone vorhanden sind, kann nur die Nutzungsverflechtung mit diesen Kantonen ausgewiesen werden. Man kann jedoch davon ausgehen, dass es sich bei den Ostschweizer Kantonen für den Kanton Zürich um die wichtigsten Kantone in Bezug auf die Nutzungsverflechtung handelt.

⁶ Die Nutzungsverflechtung wurde nur für den Angebotsbereich „Wohnen“ ausgewertet, da die Daten für einen Vergleich im Angebotsbereich II „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“ den Fachpersonen zu wenig verlässlich erschienen.

In der folgenden Tabelle wird die Nutzungsverflechtung zwischen den Ostschweizer Kantonen und dem Kanton Zürich verdichtet dargestellt. Ausgewiesen wird für 2008 und 2011 der Anteil Nutzer/-innen aus anderen Kantonen an der Gesamtzahl der Nutzer/-innen im eigenen Kanton (*Importanteil*) sowie der Anteil derjenigen Personen aus dem eigenen Kanton, die in den anderen Ostschweizer Kantonen platziert sind, an der Gesamtzahl der Nutzer/-innen im eigenen Kanton (*Exportanteil*). Zudem ist jeweils beschrieben, ob zwischen 2008 und 2011 eine Zu- oder Abnahme festgestellt werden kann.

Tabelle 10: Import- und Exportanteil des Kantons Zürich im Bereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“, 2008 und 2011

	2008	2011	Entwicklung
Importanteil	4.3	4.5	Zunahme
Exportanteil	5.7	6.3	Zunahme

Datenquellen: Angebotserhebungen der Ostschweizer Kantone und des Kantons Zürich, eigene Berechnungen

Sowohl der Import- wie auch der Exportanteil hat zwischen 2008 und 2011 leicht zugenommen.

Nachfragetendenz: Da zwischen 2008 und 2011 sowohl mehr Ostschweizer/-innen in Zürich und mehr Zürcher/-innen in der Ostschweiz platziert wurden, wird für die Planungsperiode 2014 bis 2016 von keiner Veränderung der Platznachfrage ausgegangen.

4.4 Übertritte aus den Sonderschulen

Aus den Listen der betreuten Personen lässt sich der Anteil der 18- bis 25-Jährigen eruieren, der im Laufe der letzten Jahre von einer Sonderschule direkt in eine Invalideneinrichtung eingetreten ist. Personen, die zwischen der Sonderschule und dem Eintritt in eine Invalideneinrichtung eine Zwischenlösung absolviert haben, werden statistisch hier nicht erfasst. Die beiden folgenden Tabellen weisen den Anteil der direkt von Sonderschulen Eintretenden an allen 18- bis 25-Jährigen Neueintretenden innerhalb eines Jahres aus.

Tabelle 11: Anteil Direktübertritte von einer Sonderschule im Bereich „Wohnen“, 2008 - 2011

Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung	2008	2009	2010	2011
Anzahl Eintritte von 18- bis 25-Jährigen insgesamt	165	143	159	156
davon direkt von der Sonderschule übergetreten				
- Anzahl	14	14	20	23
- Prozent	8.5	9.8	12.6	14.7

Datenquellen: Listen der betreuten Personen 2008 - 2011

Bei Direkteintritten handelt es sich erfahrungsgemäss um Jugendliche mit einer schweren oder sehr schweren Behinderung. Angesichts der geringen Zahl dieser Gruppe von Nutzer/-innen werden die in den letzten beiden Jahren gestiegenen Werte im Angebotsbereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“ nicht als generelle Zunahme der Übertritte aus Sonderschulen interpretiert.

Im Angebotsbereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“ haben die Anteile der Direktübertritte stagniert.

Tabelle 12: Anteil Direktübertritte von einer Sonderschule im Bereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“, 2008 - 2011

Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit	2008	2009	2010	2011
Anzahl Eintritte von 18- bis 25-Jährigen insgesamt	336	388	366	434
davon von der Sonderschule übergetreten				
- Anzahl	41	47	45	45
- Prozent	12.2	12.1	12.3	10.4

Datenquellen: Listen der betreuten Personen 2008 - 2011

Diese insgesamt leicht steigenden Zahlen der Direkteintritte aus den Sonderschulen werden durch Aussagen des Vertreters der Bildungsdirektion im Expertenhearing relativiert. Der Experte geht eher von leicht sinkenden Zahlen aus.

Nachfragetendenz: Aufgrund der Direktübertritte aus Sonderschulen wird für die kommende Planungsperiode von einem Status Quo ausgegangen.

4.5 Kurzzusammenfassung bedarfsrelevanter Einflussfaktoren aus dem Expertenhearing

Insgesamt überwiegen die Hinweise aus dem Expertenhearing (*Anhang B*), die in den nächsten Jahren auf eine Zunahme der Nachfrage hindeuten. Es wird davon ausgegangen, dass insbesondere bei folgenden *Zielgruppen* die Nachfrage ansteigen wird:

- ältere Menschen mit einer Behinderung
- Menschen mit einer psychischen Behinderung
- Menschen mit einer Hirnverletzung
- Menschen mit schweren und schwersten Behinderungen

Die vermehrte Integration von Kindern und Jugendlichen in Regelklassen hingegen könnte eine leichte Abnahme des Platzbedarfs bewirken.

Die bisherigen Erkenntnisse zeigen, dass die Einführung von Assistenzbeiträgen für Erwachsene und jene für Kinder und Jugendliche keine spürbaren Auswirkungen auf die Nachfrage haben. Auch die Nutzungsverflechtung der Ostschweizer Kantone und des Kantons Zürich scheint stabil (*Abschnitt 4.3*), sodass keine grössere Zu- oder Abnahme zu erwarten ist. Und bei den Direktübertritten aus Sonderschulen wird von einem Status Quo ausgegangen.

In Bezug auf *zukünftige Entwicklungen zur Gestaltung des Angebots* gilt es folgendes zu beachten:

- spezifische Angebote für ältere Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf
- Angebote für Menschen mit einer psychischen oder geistigen Behinderung mit einem frühzeitig erhöhten Pflegeaufwand (Psychiatrie- und Demenzpflege)
- Angebote für Menschen mit schweren und schwersten Behinderungen
- Angebote für junge Erwachsene mit psychischen Erkrankungen
- Arbeitsplätze, die anspruchsvollere Tätigkeiten umfassen, namentlich für Hirnverletzte
- generell mehr Pflegepersonal, insbesondere psychiatrisch ausgebildetes und gerontagogisch geschultes Fachpersonal

5 Bedarfsprognose für 2014 – 2016

In diesem Kapitel wird der Platzbedarf für den Planungszeitraum 2014 – 2016 in den beiden planungsrelevanten Angebotsbereichen „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“ und „Tagestruktur, Arbeit und Beschäftigung“ prognostiziert.

5.1 Schätzung der fehlenden Plätze im Bereich „Kollektiven Wohnen mit Grundbetreuung“

Ausgehend von den 2013 angebotenen Plätzen werden die für 2014 – 2016 fehlenden Plätze wie folgt geschätzt und in der nächsten Tabelle dargestellt:

Rechnerische Prognose der für 2014 – 2016 fehlenden Plätze: Von 2008 bis 2012 ist die Zahl der Plätze im Bereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“ gemäss den Angaben der jährlich durchgeführten Angebotserhebungen pro Jahr im Durchschnitt um 59 Plätze gewachsen. Die Analyse der Wartelisten der letzten Jahre zeigt dabei gleichzeitig einen moderaten Rückgang der wartenden Personen. Aus der *Fortschreibung* dieser Entwicklung für die nächste dreijährige Planungsperiode von 2014 – 2016 resultiert somit ein Wert von 177 fehlenden Plätzen. In Ergänzung und zur Kontrastierung zu dieser Fortschreibung der Platzzahlen wurden die für 2014 – 2016 fehlenden Plätze mit dem Simulationsmodell berechnet. Das *Simulationsmodell* prognostiziert eine etwas tiefere Zunahme, d.h. ein jährliches Wachstum von 38 Plätzen. Das ergibt 114 fehlende Plätze für 2014 – 2016. Aus den Detailanalysen ergeben sich Hinweise, dass die lineare Fortschreibung den Platzbedarf möglicherweise etwas überschätzt. Aus diesem Grund wurde für die Bestimmung des Platzbedarfs der Mittelwert aus den beiden Prognoseverfahren verwendet. Daher wird für die nächste Planungsperiode ein mittlerer Wert von 145 fehlenden Plätzen prognostiziert. Da in den nächsten Jahren die Warteliste noch etwas reduziert und weiterhin die Wahlfreiheit der Menschen mit Behinderung gewährleistet werden soll, wird der prognostizierte Dreijahreswert noch um die Hälfte der aktuellen Wartelistenplätze aufgestockt, das sind 49 Plätze, und der resultierende Gesamtwert zudem um 5% erhöht. Die abschliessende fünfprozentige Erhöhung trägt der Tatsache Rechnung, dass die durchschnittliche Auslastung im Wohnbereich in den letzten Jahren 95% betrug. Für die Planungsperiode 2014 – 2016 werden demzufolge *204 zusätzliche Plätze* prognostiziert.

Gewichtete Prognose: Die oben dargestellte rein rechnerisch hergeleitete Prognose wird in der folgenden Tabelle noch mit wichtigen Erkenntnissen aus dem *Kapitel 4* „Bedarfsrelevante Einflussfaktoren“ gewichtet und mit gewissen qualitativen Veränderungen der letzten Jahre korrigiert. Aufgrund der kleinen Zahlen in einzelnen Planungskategorien sind die dargestellten Prognosewerte mit entsprechender Vorsicht zu interpretieren.

Die gewichteten Prognosewerte bilden die Grundlage für die *Angebotsplanung 2014 – 2016* im *sechsten Kapitel*.

Tabelle 13: Bedarfsprognose 2014-2016 im Bereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“

Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung		angebotene Plätze 2013	Rechnerische Prognose: fehlende Plätze 2014-16	Gewichtete Prognose: basierend auf dem Expertenhearing und den qualitativen Entwicklungen der letzten Jahre	
Angebotsform	11 Wohnheim/-gruppe	3'317	178	178	keine Gewichtung notwendig
	12 betreutes Wohnen	251	23	23	keine Gewichtung notwendig
	13 Wohnschulen	22	3	3	keine Gewichtung notwendig
	Total	3'590	204	204	
Art der Behinderung	geistig	2'211	71	86	Für die kommende Planungsperiode wird – wie in der vergangenen – weiterhin ein geringes Wachstum erwartet.
	körperlich	241	0	0	Nicht zuletzt wegen Assistenzprojekten wird kein zusätzlicher Platzbedarf prognostiziert.
	psychisch	851	75	100	Das überdurchschnittliche Wachstum der letzten Planungsperiode wird fortgeschrieben, da die Expertinnen und Experten auch weiterhin von einer Zunahme ausgehen.
	sinnesbehindert	125	0	0	Nicht zuletzt wegen Assistenzprojekten wird kein zusätzlicher Platzbedarf geschätzt.
	hirnverletzt	97	39	10	Seit 2010 wurden überdurchschnittlich viele Plätze geschaffen und die Wartelisten reduziert: Senkung der Prognosewerte.
	autistisch	65	19	8	
	Total	3'590	204	204	
Alter	unter 18 Jahre	1	1	1	In der letzten Periode waren die Veränderungen gering und in der neuen Planungsperiode ist kein Wachstum zu erwarten.
	18-45 Jahre	1'845	14	10	
	46-55 Jahre	840	80	80	keine Gewichtung notwendig
	56-64 Jahre	549	42	42	keine Gewichtung notwendig
	65 und älter	355	67	71	Erhöhung bedingt durch weiterhin steigende Lebenserwartung.
	Total	3'590	204	204	
IBB-Einstufung	4 Maximum	423	24	47	Die befragten Fachpersonen erwarten mehr Neueintritte mit einer Schwerstbehinderung.
	3 schwer	737	42	42	Bedingt durch die zunehmende Lebenserwartung nimmt der Betreuungsaufwand zu.
	2 mittel	1'064	60	60	Zu- und Abnahme gleichen sich aus.
	1 leicht	977	56	45	Aus der altersbedingten Zunahme des Betreuungsbedarfs resultiert eine Abnahme.
	0 Minimum	389	22	10	Abnahme durch den Wechsel in nicht beitragsberechtigten Einrichtungen prognostiziert.
	Total	3'590	204	204	

Datenquellen: Angebotserhebungen 2008 und 2012, Daten Kantonales Sozialamt, Expertenhearing

Die Prognose der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit weist im Angebotsbereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“ für die kommenden drei Jahre einen zusätzlichen Platzbedarf von insgesamt 204 Plätzen aus. Eine überdurchschnittliche Zunahme wird bei Menschen mit einer psychischen Behinderung, älteren Personen und Menschen mit einer schweren Behinderung erwartet.

5.2 Schätzung der fehlenden Plätze im Bereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“

Die für 2014 – 2016 fehlenden Plätze werden mit folgendem Vorgehen ermittelt:

Rechnerische Prognose der von 2014 – 2016 fehlenden Plätze: Den jährlich durchgeführten Angebotserhebungen zufolge ist die Zahl der Nutzer/-innen im Bereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“ von 2008 bis 2012 im Durchschnitt pro Jahr um etwa 196 Personen gewachsen. Aus der Fortschreibung der Entwicklung für die nächste dreijährige Planungsperiode von 2014 – 2016 resultiert somit ein Wert von 588 Personen. Das *Simulationsmodell* prognostiziert wiederum eine etwas tiefere Zunahme, d.h. rund 476 zusätzliche Personen für 2014 – 2016. Für die Bestimmung des Platzbedarfs wurde wie im Wohnbereich der Mittelwert aus den beiden Prognoseverfahren verwendet. Daher wird für die nächste Planungsperiode ein Wert von 532 zusätzlichen Personen prognostiziert. Da in den nächsten Jahren zudem die Warteliste noch etwas reduziert und weiterhin die Wahlfreiheit der Menschen mit Behinderung gewährleistet werden soll, wird der prognostizierte Dreijahreswert noch um die Hälfte der aktuellen Wartelistenplätze, d.h. 54 Personen, aufgestockt. Da die meisten Nutzer/-innen Teilzeit arbeiten, braucht nicht jede zusätzliche Person einen zusätzlichen Arbeitsplatz. Das Verhältnis der Anzahl angebotener Plätze und der Anzahl Nutzer/-innen betrug zwischen 2008 und 2012 im Schnitt 0.85. Rechnet man die prognostizierte Anzahl der Nutzer/-innen mit diesem Verhältnis auf die Anzahl Plätze um, resultieren noch 499 zusätzliche Plätze. Dieses Wachstum enthält allerdings einen Anteil von 210 Plätzen, die aus dem ehemaligen Angebot „Wohnheim mit integrierter Beschäftigung“ stammen und erst mit der Zeit als Angebotsform 21 „Tagesstätte / Beschäftigung“ erkannt und statistisch erfasst wurden. Da diese Deklarationen bis Ende 2012 abgeschlossen sind, kann für die nächste Planungsperiode real mit einem jährlichen Wachstum von 289 Plätzen gerechnet werden. Diese Zahl wird dann noch um 5% erhöht. Diese abschliessende fünfprozentige Erhöhung trägt auch in diesem Angebotsbereich der Tatsache Rechnung, dass die durchschnittliche Auslastung in den letzten Jahren 95% betrug. Dies führt zu einer *Prognose von 304 fehlenden Plätzen*.

Gewichtete Prognose: Die oben dargestellte rein rechnerisch hergeleitete Prognose wird in der folgenden Tabelle noch mit wichtigen Erkenntnissen aus dem *Kapitel 4* „Bedarfsrelevante Einflussfaktoren“ gewichtet und mit gewissen qualitativen Veränderungen der letzten Jahre korrigiert. Aufgrund der kleinen Zahlen in einzelnen Planungskategorien sind die dargestellten Prognosewerte mit entsprechender Vorsicht zu interpretieren.

Die gewichteten Prognosewerte bilden die Grundlage für die Angebotsplanung 2014 – 2016 im *sechsten Kapitel*.

Tabelle 14: Bedarfsprognose 2014-2016 im Bereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“

Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit		angebotene Plätze 2013	Rechn. Prognose: fehlende Plätze 2014-16	Gewichtete Prognose: basierend auf dem Expertenhearing und den qualitativen Entwicklungen der letzten Jahre	
Angebotsform	21 Tagesstätte / Beschäftigung	1'713	327	159	Das durch Umwandlungen bedingte Wachstum bis 2012 wird nicht fortgeschrieben.
	22 Beschäftigungsplatz	289	-180	0	Gut 200 dieser Plätze wurden in der letzten Planungsperiode in die Angebotsformen 21 und 23 umgewandelt (Abschluss 2012).
	23 Arbeitsplatz externe Leistung	3'085	108	105	Reduktion, insbesondere wegen der Platzverlagerung zur Angebotsform 25.
	24 Arbeitsplatz interne Leistung	612	32	10	Durch Organisationsstrukturen der Einrichtungen begrenzte Ausbaumöglichkeiten.
	25 externer Integrationsplatz	66	17	30	Die zunehmende Individualisierung führt zu mehr Plätzen im Arbeitsmarkt.
	Total	5'765	304	304	
Art der Behinderung	geistig	2'801	91	91	-
	körperlich	422	23	23	-
	psychisch	2'193	141	161	Leicht überproportionales Wachstum erwartet.
	sinnesbehindert	173	14	14	-
	hirnverletzt	114	25	10	Durch die Schaffung sehr vieler Plätze in der letzten Periode ist eine lineare Prognose nicht zulässig.
	autistisch	62	10	5	
	Total	5'765	304	304	
Alter	unter 18 Jahre	7	1	0	Nicht Gegenstand der Planung.
	18-45 Jahre	3'254	92	94	-
	46-55 Jahre	1'443	90	90	-
	56-64 Jahre	796	86	90	Leichte Zunahme erwartet.
	65 und älter	265	35	30	Ältere Menschen benötigen nur halbtags Tagesstrukturen, daher leichte Reduktion.
	Total	5'765	304	304	
IBB-Einstufung	4 Maximum	716	38	48	Die befragten Fachpersonen erwarten mehr Neueintritte mit einer Schwerstbehinderung.
	3 schwer	801	43	52	Bedingt durch die zunehmende Lebenserwartung nimmt der Betreuungsaufwand zu.
	2 mittel	1'834	97	97	Zu- und Abnahme gleichen sich aus.
	1 leicht	1'881	98	91	Aus der altersbedingten Zunahme des Betreuungsbedarfs resultiert eine Abnahme.
	0 Minimum	533	28	16	Abnahme durch den Wechsel in nicht beitragsberechtigten Einrichtungen.
	Total	5'765	304	304	

Datenquellen: Angebotserhebungen 2008 und 2012, Daten Kantonales Sozialamt, Expertenhearing

6 Angebotsplanung: Für die Planungsperiode 2014 – 2016 neu zu schaffende Plätze

Im letzten Kapitel wurde der Bedarf für die Planungsperiode 2014 – 2016 ermittelt. In diesem Kapitel werden nun durch die Verantwortlichen des Kantonalen Sozialamtes die neu zu schaffenden Platzzahlen pro Planungseinheit definiert. Zu diesem Zweck werden in den beiden nachfolgenden Tabellen pro Angebotsbereich die prognostizierten Plätze und die bereits durch die Einrichtungen beantragten Plätze einander gegenübergestellt. Basierend auf der Amtsstrategie und deren Umsetzung schätzen die Verantwortlichen des Kantonalen Sozialamtes die für 2014 – 2016 neu zu schaffenden Plätze ein und legen anschliessend die Platzzahlen fest. Die Tabellen weisen zudem aus, wie viele Plätze pro Jahr zu schaffen sind, wie hoch das jährliche Wachstum in Prozent gegenüber dem Jahr 2013 und der Betrag pro Platz und Jahr in Schweizer Franken aus fällt.

Tabelle 15: Für die Planungsperiode 2014-2016 neu zu schaffende Plätze im Angebotsbereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“

Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung		Plätze 2013	Gewichtete Prognose HSLU: fehlende Plätze 2014-2016	Anträge: durch Einrichtungen beantragte Plätze 2014-2016	für 2014-2016 insgesamt neu zu schaffende Plätze	Erläuterung der Abweichung der Anträge / Prognose zu den neu zu schaffenden Plätzen	Platzempfehlung pro Jahr	jährliches Wachstum gegenüber 2013 in %	Betrag in Fr. pro Platz und Jahr (gerundete Werte)
Wohnformen	11 Wohnheim / Wohngruppe	3'317	178	204	168	Über den Prognosezahlen liegende Anträge der Einrichtungen wurden entsprechend gekürzt. Zudem wurden hochstrukturierte Plätze im Bereich „betreutes Wohnen“ gegenüber Wohnheimplätzen bevorzugt.	56	1.7	48'000
	12 betreutes Wohnen	251	23	59	32	Über den Prognosezahlen liegende Anträge der Einrichtungen wurden entsprechend gekürzt. Ausnahmen: bei Projekten mit höher strukturierten Angeboten wurden keine Kürzungen vorgenommen.	11	4.2	20'000
	13 Wohnschulen	22	3	12	6	Ein Projekt mit 6 Plätzen (betriebliche Mindestgrösse) wurde in die Planung aufgenommen.	2	9.1	23'000
	Total / Durchschnitt	3'590	204	275	206		69	1.9	43'000
Art der Behinderung	geistig	2'211	86	100	90	Über den Prognosezahlen liegende Anträge der Einrichtungen wurden entsprechend gekürzt. Kleinere projektbedingte Abweichungen.	29	1.3	n.a.
	körperlich	241	0	5	2	Über den Prognosezahlen liegende Anträge der Einrichtungen wurden entsprechend gekürzt. Kleinere projektbedingte Abweichungen.	2	0.7	n.a.
	psychisch	851	100	145	98	Über den Prognosezahlen liegende Anträge der Einrichtungen wurden entsprechend gekürzt. Kleinere projektbedingte Abweichungen.	31	3.7	n.a.
	sinnesbehindert	125	0	14	2	Über den Prognosezahlen liegende Anträge der Einrichtungen wurden entsprechend gekürzt. Kleinere projektbedingte Abweichungen.	2	1.3	n.a.
	hirnverletzt	97	10	3	6	Es wurden nur 3 neue Plätze beantragt. Drei weitere Plätze werden durch Konzeptänderungen geschaffen.	2	1.7	n.a.
	Autismus	65	8	8	8	-	3	4.1	n.a.
	Total / Durchschnitt	3'590	204	275	206		69	1.9	43'000

<i>Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung</i>		Plätze 2013	Gewichtete Prognose HSLU: fehlende Plätze 2014-2016	Anträge: durch Einrichtungen beantragte Plätze 2014-2016	für 2014-2016 insgesamt neu zu schaffende Plätze	Erläuterung der Abweichung von Anträge / Prognose zu den neu zu schaffenden Plätzen	Platzempfehlung pro Jahr	jährliches Wachstum gegenüber 2013 in %	Betrag in Fr. pro Platz und Jahr (gerundete Werte)
<i>Alter</i>	<i>unter 18 Jahre</i>	1	1	-	-	Diese Alterskategorie ist nicht Gegenstand der Planung.	-	-	-
	<i>18 – 45 Jahre</i>	1'845	10	133	90	In dieser Altersgruppe müssen für Neueintretende neue Plätze geschaffen werden, da ein grosser Teil der Personen, die neu in die nächst höhere Alterskategorie fallen, auf ihren angestammten Plätzen bleibt und diese nicht für die jungen Erwachsenen freigibt.	30	1.7	n.a.
	<i>46 – 55 Jahre</i>	840	80	89	72	Bei der Antragsstellung wurden die beiden Altersgruppen nicht unterschieden. In dieser Altersgruppe werden weniger neue Plätze geschaffen, da ein Teil der Personen, die neu in diese höhere Alterskategorie fallen, auf ihren angestammten Plätzen bleibt und daher keine neuen Plätze benötigt.	24	1.7	n.a.
	<i>56 – 64 Jahre</i>	549	42						
	<i>65 Jahre und älter</i>	355	71	53	44	In dieser Altersgruppe werden deutlich weniger neue Plätze geschaffen, da ein Teil der Personen, die neu in eine höhere Alterskategorie fallen, auf ihren angestammten Plätzen bleibt und daher keine neuen Plätze benötigt.	15	4.1	n.a.
	Total / Durchschnitt	3'590	204	275	206		69	1.9	43'000
<i>IBB-Einstufung</i>	<i>4 Maximum</i>	423	47	34	34	Alle beantragten Plätze der höchsten IBB-Kategorie wurden bewilligt. Weitere IBB 4-Plätze werden im laufenden Betrieb durch Höherstufungen von IBB 3-Plätzen geschaffen.	11	2.7	79'000
	<i>3 schwer</i>	737	42	60	57	Die fehlenden IBB 4-Plätze wurden in dieser Kategorie kompensiert.	19	2.5	57'000
	<i>2 mittel</i>	1'064	60	92	65	Über den Prognosezahlen liegende Anträge der Einrichtungen wurden entsprechend gekürzt. Kleinere projektbedingte Abweichungen.	22	2.2	35'000
	<i>1 leicht</i>	977	45	66	42	Über den Prognosezahlen liegende Anträge der Einrichtungen wurden entsprechend gekürzt. Kleinere projektbedingte Abweichungen.	14	1.4	13'000
	<i>0 Minimum</i>	389	10	23	8	Über den Prognosezahlen liegende Anträge der Einrichtungen wurden entsprechend gekürzt. Kleinere projektbedingte Abweichungen.	3	0.5	0
	Total / Durchschnitt	3'590	204	275	206		69	1.9	43'000

Tabelle 16: Für die Planungsperiode 2014-2016 neu zu schaffende Plätze im Angebotsbereich „Tagestruktur, Beschäftigung und Arbeit“

Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit		Plätze 2013	Gewichtete Prognose HSLU: fehlende Plätze 2014-2016	Anträge: durch Einrichtungen beantragte Plätze 2014-2016	für 2014-2016 insgesamt neu zu schaffende Plätze	Erläuterung der Abweichung von Anträge / Prognose zu den neu zu schaffenden Plätzen	Platzempfehlung pro Jahr	jährliches Wachstum gegenüber 2013 in %	Betrag in Fr. pro Platz und Jahr (gerundete Werte)
Arbeitsform	21 Tagesstätte / Beschäftigung	1'713	159	179	158	Über den Prognosezahlen liegende Anträge der Einrichtungen wurden entsprechend gekürzt. Kleinere projektbedingte Abweichungen.	53	3.1	40'000
	22 Beschäftigungsplatz	289	0	-	-	-	-	-	-
	23 Arbeitsplatz externe Leistungen	3'085	105	132	87	Über den Prognosezahlen liegende Anträge der Einrichtungen wurden entsprechend gekürzt. Zudem wurden aus strategischen Überlegungen geschützte Arbeitsplätze knapp gehalten und stattdessen mehr Integrationsarbeitsplätze geschaffen.	29	0.9	28'000
	24 Arbeitsplatz interne Leistungen	612	10	5	0	Die beantragten Plätze standen im Zusammenhang mit nicht bewilligten Wohnplätzen. Weitere Plätze in dieser Kategorie wurden nicht beantragt. Die Schaffung solcher Plätze ist durch die Strukturen der Einrichtungen limitiert.	0	0.0	0
	25 externer Integrationsplatz	66	30	76	59	Aus strategischen Überlegungen wurde ein grosser Teil der beantragten Integrationsarbeitsplätze genehmigt und damit die fehlenden Plätze aus dem Bereich 23 kompensiert.	19	29.8	15'000
	Total / Durchschnitt	5'765	304	392	304		101	1.8	32'000
Art der Behinderung	geistig	2'801	91	151	99	Über den Prognosezahlen liegende Anträge der Einrichtungen wurden entsprechend gekürzt. Kleinere projektbedingte Abweichungen.	33	1.3	n.a
	körperlich	422	23	12	12	Die beantragten Plätze wurden genehmigt. Weitere Plätze können bei Bedarf durch Umwandlung geschaffen werden.	4	0.8	n.a
	psychisch	2'193	161	180	157	Über den Prognosezahlen liegende Anträge der Einrichtungen wurden entsprechend gekürzt. Kleinere projektbedingte Abweichungen.	52	2.3	n.a
	sinnesbehindert	173	14	28	15	Über den Prognosezahlen liegende Anträge der Einrichtungen wurden entsprechend gekürzt.	5	2.9	n.a
	hirnverletzt	114	10	12	12	-	4	3.5	n.a
	Autismus	62	5	9	9	Diese Beschäftigungsplätze gehören zu den 8 neu geschaffenen Wohnplätzen für Autisten.	3	4.8	n.a
	Total / Durchschnitt	5'765	304	392	304		101	1.8	32'000

Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit		Plätze 2013	Gewichtete Prognose HSLU: fehlende Plätze 2014 – 2016	Anträge: durch Einrichtungen beantragte Plätze 2014 – 2016	für 2014–2016 insgesamt neu zu schaffende Plätze	Erläuterung der Abweichung von Anträge / Prognose zu den neu zu schaffenden Plätzen	Platzempfehlung pro Jahr	jährliches Wachstum gegenüber 2013 in %	Betrag in Fr. pro Platz und Jahr (gerundete Werte)
Alter	unter 18 Jahre	7	0	-	-	Diese Alterskategorie in nicht Gegenstand der Planung.	-	-	-
	18 – 45 Jahre	3'254	94	245	179	In dieser Altersgruppe müssen für Neueintretende neue Plätze geschaffen werden, da ein grosser Teil der Personen, die neu in die nächst höhere Alterskategorie fallen, auf ihren angestammten Plätzen bleibt und diese nicht für die jungen Erwachsenen freigibt.	60	1.9	n.a
	46 – 55 Jahre	1'443	90	111	92	Bei der Antragsstellung wurden die beiden Altersgruppen nicht unterschieden. In dieser Altersgruppe werden weniger neue Plätze geschaffen, da ein Teil der Personen, die neu in diese höhere Alterskategorie fällt, auf ihren angestammten Plätzen bleibt und daher keine neuen Plätze benötigt.	30	1.3	n.a
	56 – 64 Jahre	796	90						
	65 und älter	265	30	36	33	Über den Prognosezahlen liegende Anträge der Einrichtungen wurden entsprechend gekürzt. Kleinere projektbedingte Abweichungen. Da für diese Altersgruppe keine Arbeitsplätze geschaffen werden, besteht im Bereich „Tagesstruktur“ eine andere Dynamik als im Bereich „Wohnen“.	11	4.2	n.a
	Total / Durchschnitt	5'765	304	392	304		101	1.8	32'000
IBB-Einstufung	4 Maximum	716	48	39	39	Alle beantragten Plätze der höchsten IBB-Kategorie wurden bewilligt. Zusätzliche IBB 4-Plätze werden im laufenden Betrieb durch Höherstufungen von bestehenden IBB 2-Plätzen und IBB 3-Plätzen geschaffen.	13	1.8	52'000
	3 schwer	801	52	57	50	Praktisch alle beantragten Plätze der zweithöchsten IBB-Kategorie wurden bewilligt. Zum Teil waren die beantragten Plätze mit nicht bewilligten Wohnplätzen verbunden. Zusätzliche IBB 4-Plätze werden im laufenden Betrieb durch Höherstufungen von bestehenden IBB 2-Plätzen geschaffen.	17	2.0	44'000
	2 mittel	1'834	97	114	95	Über den Prognosezahlen liegende Anträge der Einrichtungen wurden entsprechend gekürzt. Kleinere projektbedingte Abweichungen.	31	1.7	34'000
	1 leicht	1'881	91	114	76	Verschiebungen von IBB 1 zu IBB 0 durch die vermehrte Schaffung von Integrationsarbeitsplätzen.	25	1.3	23'000
	0 Minimum	533	16	68	44	Integrationsarbeitsplätze sind in der Regel mit dem planerischen Wert für die Stufe IBB 0 hinterlegt. Neue Arbeitsplätze sollen insbesondere in diesem Bereich geschaffen werden. Personen mit höherem Betreuungsbedarf sollen primär in bestehende Werkstätten aufgenommen werden.	15	3.3	14'000
	Total / Durchschnitt	5'765	304	392	304		101	1.8	32'000

7 Kostenfolgen der Planung 2014 – 2016

Insgesamt ist für die Realisierung der Projekte mit zusätzlichen, jährlich wiederkehrenden Betriebskosten von rund 15.7 Mio. Fr. zu veranschlagen. Dieser Betrag ergibt sich durch die von den Einrichtungen beantragten 22.1 Mio. Fr. nach IBB gestuften Pauschalen abzüglich der nicht genehmigten Plätze (3.5 Mio.) abzüglich des 12%-Anteils ausserkantonaler Nutzung der neuen Plätze gemäss Angaben aus den Anträgen der Einrichtungen (2.7 Mio.) abzüglich 4% nicht ausgeschöpfte Platzkontingente gemäss dem Erfahrungswert des Kantonalen Sozialamtes (0.9 Mio.). Dieser Gesamtbetrag liegt unter dem Betrag von 17 Mio., Fr. der für zusätzliche Plätze in der vergangenen Planungsperiode 2011-2013 vom Regierungsrat genehmigt wurde. Mit der schrittweisen Realisierung der zusätzlichen Plätze fallen für das Jahr 2014 rund 5 Mio. Fr. und für das Jahr 2015 rund 10 Mio. Fr. an zusätzlichen Betriebsbeiträgen an. Der volle Betrag von 15.7 Mio. Fr. fällt ab dem Jahr 2016 an.

Der prognostizierte Gesamtaufwand für Invalideneinrichtungen des Kantons Zürich beträgt im Jahr 2014 gemäss KEF 287 Mio. Fr. (ohne eigene IV-Betriebe und ohne Aufwendungen für Aufenthalte in ausserkantonalen Einrichtungen). Die nun für die Planung 2014 – 2016 zu veranschlagenden 15.7 Mio. Fr. machen in Prozenten ausgedrückt rund 5.4% aus, bzw. 1.8% pro Jahr.

Zudem werden die zusätzlichen Plätze Investitionsbeiträge im Gesamtumfang von rund 20 Mio. auslösen, was durchschnittlich rund 7 Mio. Fr. pro Jahr ausmacht und somit ebenfalls im Rahmen der bisher gewährten Beiträge für Neubauten liegt.

Die zusätzlichen Betriebs- und Investitionsbeiträge sind im KEF für die Jahre 2014 – 2016 enthalten.

Literaturverzeichnis

- Hausamman Stalder Margot, Kessler Oliver, Mitglieder des Teilprojekts Finanzierung (2012). *Finanzierungsmodell für den stationären Behindertenbereich der SODK Ost+ – Systembeschreibung und Umsetzung. Schlussbericht zur internen Verwendung der Kantone.*
- *Konzept für die Bedarfsanalyse und Angebotsplanung* – am 9. Mai 2011 verabschiedet an der Sitzung der Steuergruppe.
- Villiger Simone & Stremlow Jürgen (2012). *Angebots- und Strukturentwicklung im Bereich der stationären Einrichtungen für erwachsene Menschen mit einer Behinderung im Kanton Zürich – Zusammenfassung des Expertenhearings 2012.* Hochschule Luzern - Soziale Arbeit.
- Stremlow Jürgen & Villiger Simone (2012). *Vergleich der Angebotserhebung 2008 und 2011 der Ostschweizer Kantone und des Kantons Zürich im Bereich der Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung.* Hochschule Luzern – Soziale Arbeit.

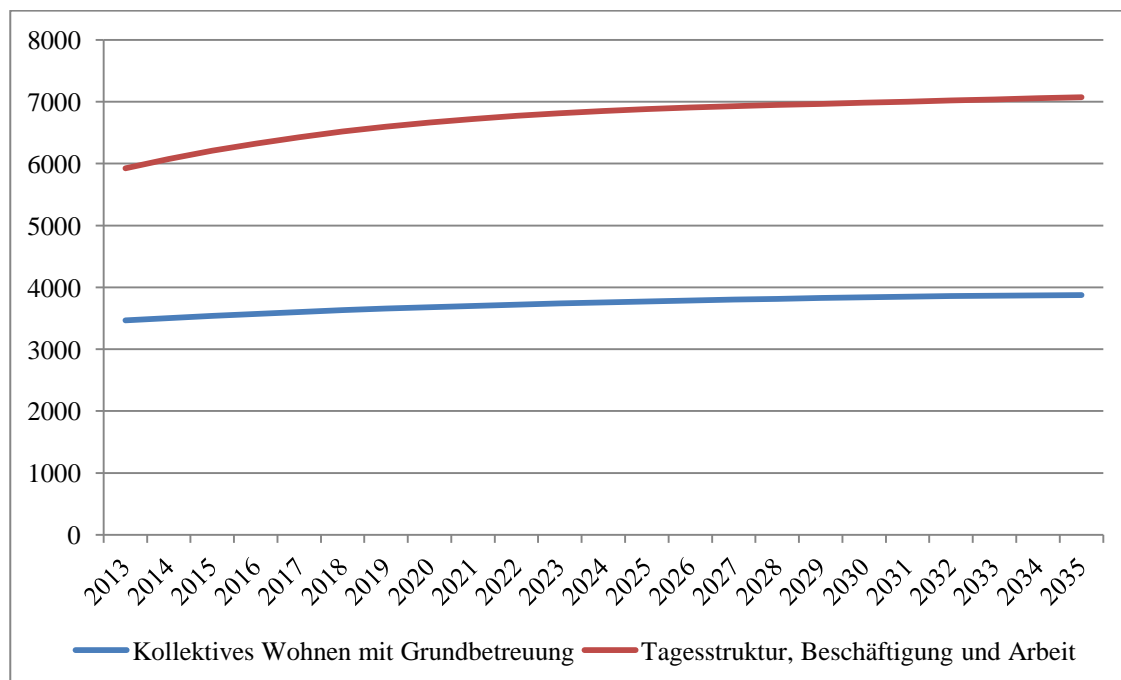
Anhang A: Langfristige Prognose bis 2035

Im Rahmen der Arbeiten für den vorliegenden Planungsbericht wurden auf der Grundlage der Liste der betreuten Personen 2011 mit ihren rund 9'000 Einträgen – das entspricht allen Nutzer/-innen in den beitragsberechtigten Einrichtungen – erstmals die längerfristigen Eintritts- und Austrittswahrscheinlichkeiten mit einem sogenannten *Simulationsmodell* geschätzt. Das Simulationsmodell wurde von Dr. Lucien Gardiol vom Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) in Bern entwickelt und anschliessend umgesetzt. Dabei werden die zukünftigen Eintrittswahrscheinlichkeiten aufgrund der Bevölkerungsentwicklung im Kanton Zürich bis 2035 gemäss Bundesamt für Statistik prognostiziert. Die Austrittswahrscheinlichkeiten wurden mittels der Austritte in der Betreutenliste 2011 berechnet und mit statistischen Verfahren (Regressionsanalysen) nach Hauptbehinderungsarten und Altersgruppen aufgeschlüsselt. Das neu entwickelte Simulationsmodell stellt für die langfristige Bedarfsanalyse eine methodische Innovation dar. Bedingt durch die erstmalige Anwendung ist die Prognosequalität noch mit Vorbehalten behaftet. Mit dem Einbezug der Betreutenlisten der nächsten Jahre kann die Qualität allerdings Schritt für Schritt verbessert werden.

1. Überblick über die Entwicklung des Platzbedarfs bis 2035

In der nächsten Tabelle wird die Prognose des Platzbedarfs in den Angebotsbereichen „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“ und „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“ bis ins Jahr 2035 dargestellt. Es zeigt sich, dass der Platzbedarf im Bereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“ in den nächsten zehn Jahren noch ein wenig ansteigt und dann relativ konstant bleibt. Im Vergleich dazu steigt der Platzbedarf im Angebotsbereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“ vor allem in den nächsten Jahren noch stärker an, flacht auch dann allmählich ab und scheint ab 2030 kaum mehr zu steigen.

Abbildung 1: Überblick über die prognostizierte Entwicklung des Platzbedarfs bis 2035

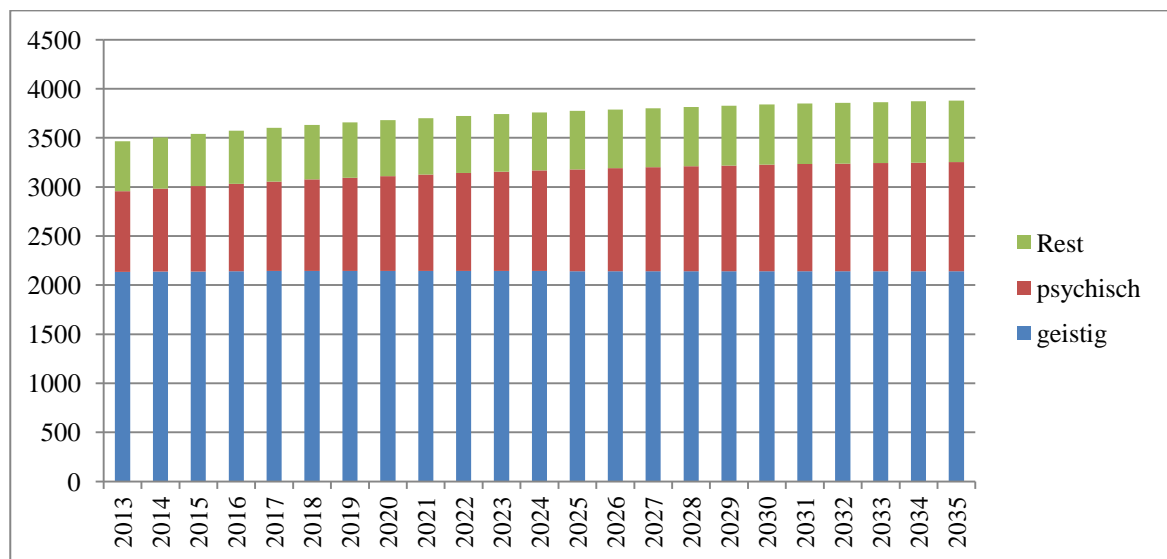


Datenquellen: Liste der betreuten Personen 2011, Ergebnisse Simulationsmodell

2. Platzbedarf bis 2035 im Bereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“

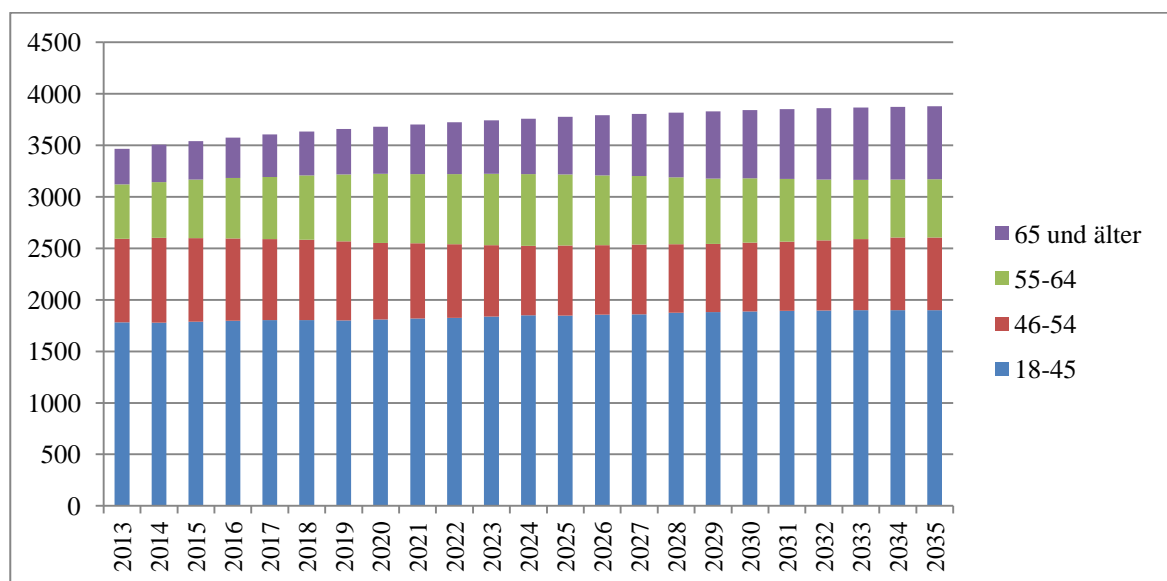
In den beiden folgenden Tabellen wird die prognostizierte Entwicklung des Platzbedarfs bis 2035 im Angebotsbereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“ nach Hauptbehinderungsart bzw. nach Altersgruppe ausgewiesen. Der Prognose zufolge wird eine Platzzunahme für Menschen mit einer *psychischen Behinderung* und für die Altersgruppe der 65-jährigen und älteren Menschen erwartet.

Abbildung 2: Prognostizierte Entwicklung des Platzbedarfs bis 2035 im Angebotsbereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“, nach Hauptbehinderungsart



Datenquellen: Liste der betreuten Personen 2011, Ergebnisse Simulationsmodell

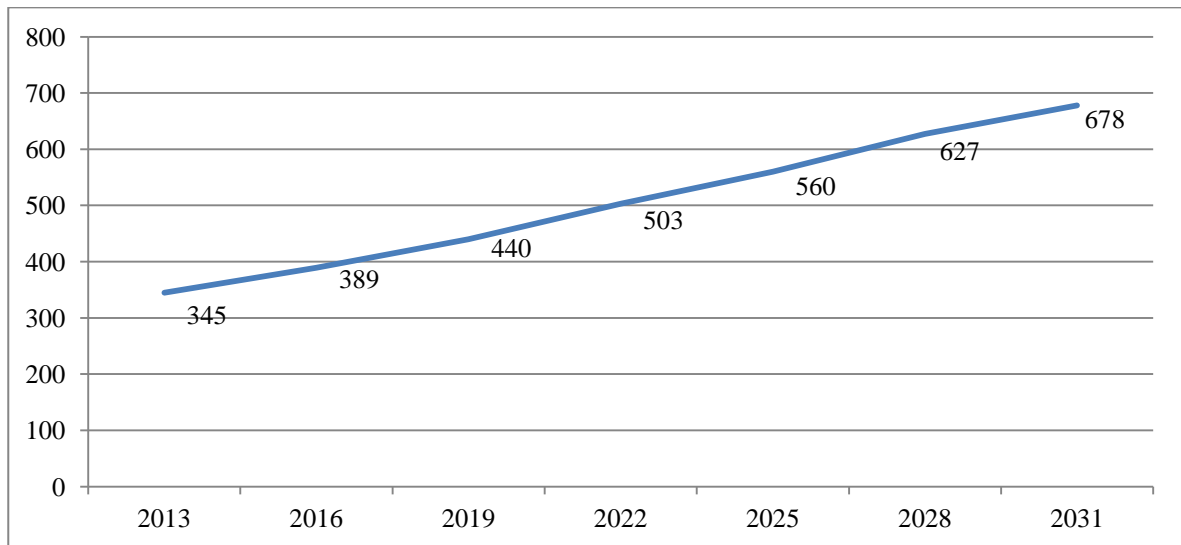
Abbildung 3: Prognostizierte Entwicklung des Platzbedarfs bis 2035 im Angebotsbereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“, nach Altersgruppe



Datenquellen: Liste der betreuten Personen 2011, Ergebnisse Simulationsmodell

Die nächste Abbildung zeigt die Entwicklung des Platzbedarfs der Menschen mit einer Behinderung, die 65 Jahre und älter sind, im Angebotsbereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“. In den nächsten 20 Jahren wird eine *Verdoppelung des Platzbedarfs für 65-jährige und ältere Menschen* mit Behinderung von 345 Plätze (=100%) auf 678 Plätze (=197%) prognostiziert.

Abbildung 4: Prognostizierter Platzbedarf für 65-jährige und ältere Menschen im Bereich „Kollektives Wohnen mit Grundbetreuung“

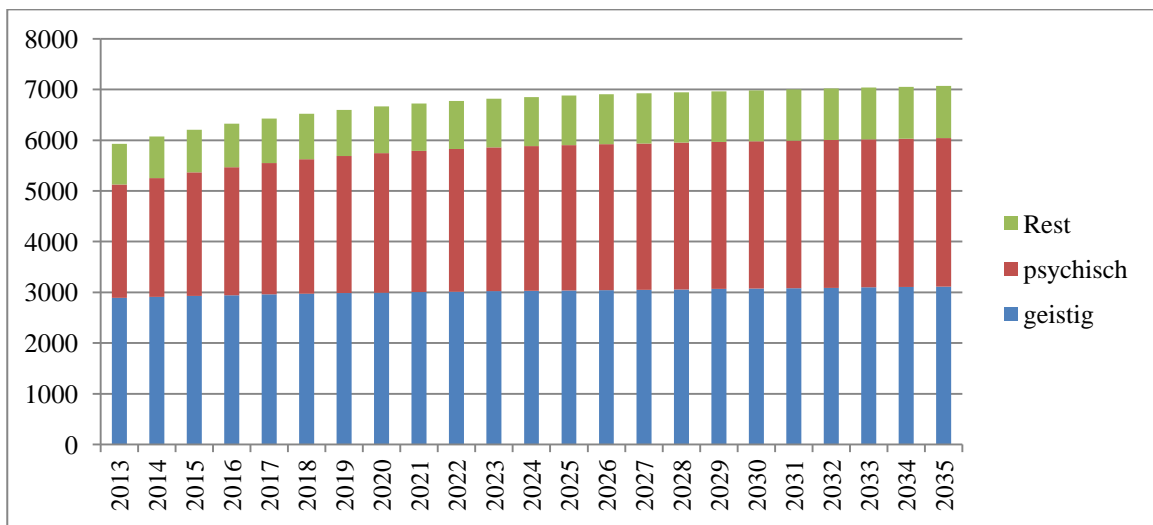


Datenquellen: Betreutenliste 2011, Ergebnisse Simulationsmodell

3. Platzbedarf bis 2035 im Bereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“

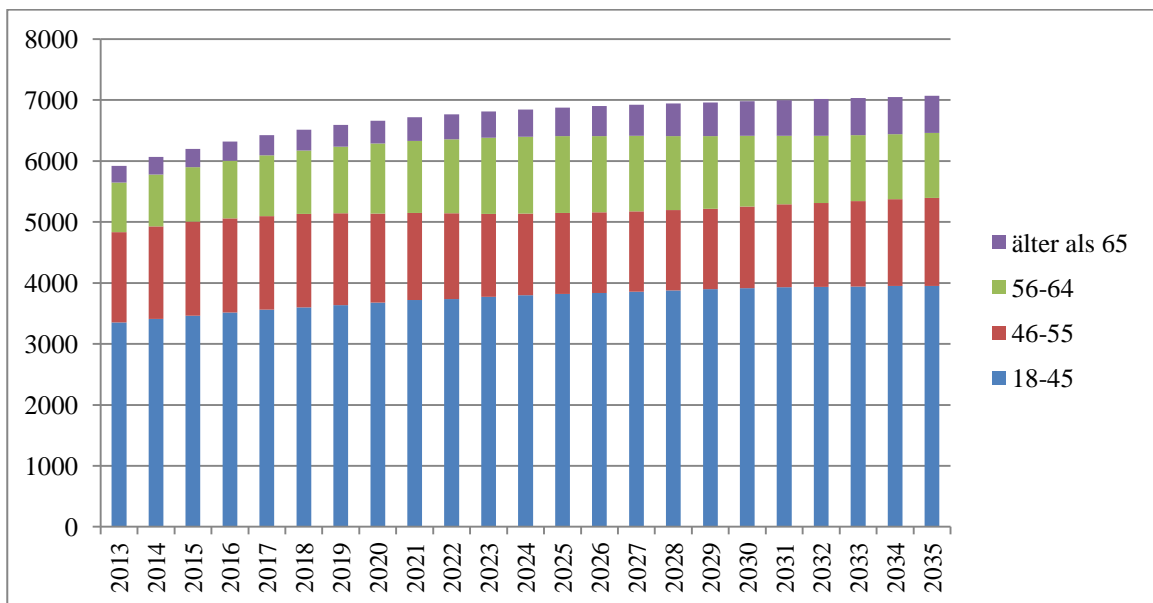
Vergleichbar mit dem Wohnbereich wächst gemäss Simulationsmodell im Angebotsbereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“ der Platzbedarf für Menschen mit einer psychischen Behinderung ebenfalls. Bei den Altersgruppen der 18- bis 45-Jährigen, der 56- bis 64-Jährigen sowie der über 65-Jährigen nimmt der Platzbedarf ebenfalls zu.

Abbildung 5: Prognostizierte Entwicklung des Platzbedarfs bis 2035 im Angebotsbereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“, nach Hauptbehinderungsart



Datenquellen: Liste der betreuten Personen 2011, Ergebnisse Simulationsmodell

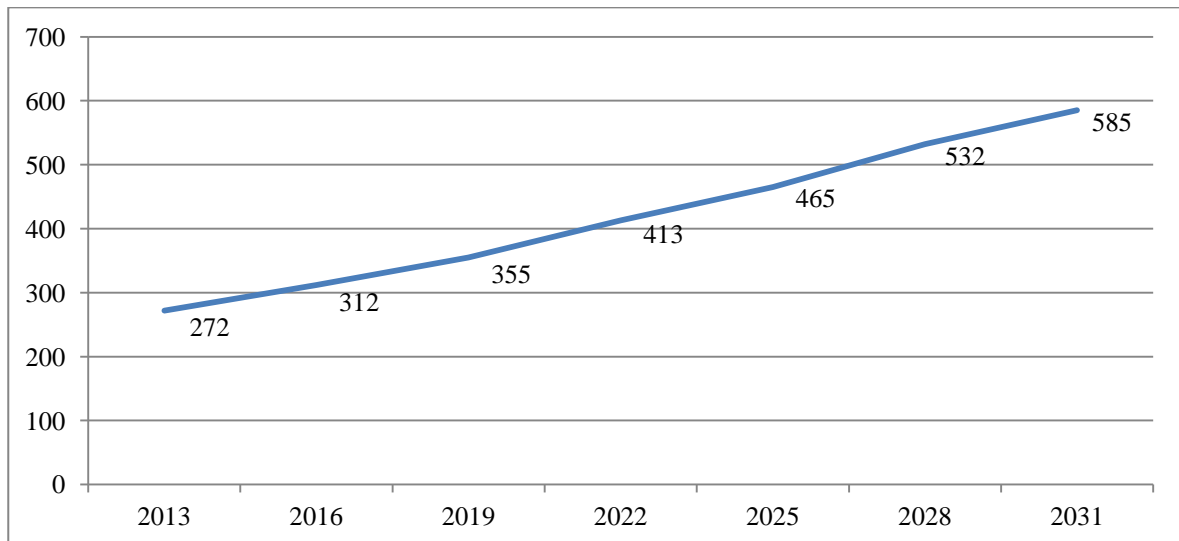
Abbildung 6: Prognostizierte Entwicklung des Platzbedarfs bis 2035 im Angebotsbereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“, nach Altersgruppe



Datenquellen: Liste der betreuten Personen 2011, Ergebnisse Simulationsmodell

Die nächste Abbildung zeigt die Entwicklung des Platzbedarfs der Menschen mit einer Behinderung, die 65 Jahre und älter sind, im Angebotsbereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“. In den nächsten 20 Jahren wird eine *Verdoppelung des Platzbedarfs für 65-jährige und ältere Menschen* mit Behinderung von 272 Plätze (=100%) auf 585 Plätze (=215%) prognostiziert. Der grösste Teil des Platzbedarfs wird in der Angebotsform „Tagesstätte / Beschäftigung“ erwartet.

Abbildung 7: Prognostizierter Platzbedarf für 65-jährige und ältere Menschen im Bereich „Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit“



Datenquellen: Betreutenliste 2011, Ergebnisse Simulationsmodell

Anhang B: Zusammenfassung des Expertenhearings 2012

1. Ziel des Expertenhearings

Anlässlich der Arbeiten der Abteilung „Soziale Einrichtungen“ des Kantonalen Sozialamtes Zürich für die Bedarfsanalyse und Angebotsplanung für die Invalideneinrichtungen im Kanton Zürich für die Planungsperiode 2014 – 2016 haben die Verantwortlichen in Zusammenarbeit mit der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit am 12. September 2012 ein Expertenhearing durchgeführt. Ziel des Hearings war es, Grundlagen für die Angebotsplanung der Invalideneinrichtungen im Kanton Zürich mit Blick auf die nächsten fünf Jahre zu erarbeiten, die fachlich möglichst breit abgestützt sind. Das Hearing fokussierte zu erwartende qualitative Entwicklungen in der Nachfrage und lud Fachpersonen ein, die über spezifische Kenntnisse im Bereich der Lebenssituation und Angebotsgestaltung für erwachsene Menschen mit einer Behinderung verfügen.

2. Fragen des Hearings

Am Hearing wurden folgende Fragen bearbeitet:

- Wie wird sich die *Nachfrage* im Bereich der Angebote für erwachsene Menschen mit einer Behinderung in den nächsten fünf Jahren im Kanton Zürich entwickeln (Zu- oder Abnahme, neue Angebote usw.)?
- Was sind die wichtigsten *Einflussfaktoren* dieser Entwicklungen?

Das Expertenhearing fokussiert in erster Linie zukünftige qualitative Tendenzen in der Nachfrageentwicklung und erlaubt generelle Aussagen zur quantitativen Nachfragetendenz, d.h. ob die geschilderten Entwicklungen eher zu einer steigenden oder sinkenden Nachfrage führen dürften. Eine Quantifizierung auf der Ebene von Platzzahlen ist nicht möglich.

3. Befragte Fachpersonen

Am Expertenhearing vom 12. September 2012 nahmen 8 ausgewiesene Expertinnen und Experten teil. In der folgenden Tabelle wird deren fachlicher Bezug und Expertise kurz beschrieben.

Tabelle 1: Funktion und für das Hearing relevante Expertise der Fachpersonen

Name der Fachperson	Funktion der Fachperson	für das Hearing relevante Expertise
Stefan Eckhardt	Stefan Eckhardt ist Geschäftsführer der Stiftung Vivendra und Koordinationperson des Institutionenverbunds Zürcher Unterland.	Als Koordinationsperson einer der fünf Institutionenverbunde im Kanton Zürich kennt Herr Eckhardt die Angebots- und Einrichtungslandschaft sehr gut.
Susanna Gadiant	Susanna Gadiant ist Ressortleiterin der Behindertenhilfe beim Kantonalen Sozialamt des Kantons Graubünden.	Als Vertreterin einer Fachstelle mit dem gleichen Aufgabenbereich eines anderen Kantons kann Frau Gadiant interkantonale Vergleiche anstellen.
Christian Liesen	Christian Liesen ist Dozent an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik in Zürich und leitet dort den Forschungsschwerpunkt „Institutionelle und systemische Fragen zur Heilpädagogik“.	Der Dozent bringt wissenschaftliche Expertise ein.

Name der Fachperson	Funktion der Fachperson	für das Hearing relevante Expertise
Jolanda Lötscher	Jolanda Lötscher ist Geschäftsführerin INSOS Zürich, dem Branchenverband der sozialen Institutionen für Menschen mit Behinderung im Kanton Zürich.	Frau Lötscher ist Vertreterin der Invalideinrichtungen im Kanton Zürich.
Esther Lüthi	Esther Lüthi ist die Geschäftsleiterin der Pro Infirmis Zürich.	Frau Lüthi ist Fachfrau für die ambulante Behindertenhilfe im Kanton Zürich.
Mirko Baur	Mitarbeiter der Abteilung „Sonderpädagogisches“ des Volksschulamtes des Kantons Zürich.	Herr Baur ist Fachmann für den Sonderschulbereich, das wichtigste vorgelagerte Versorgungsnetz der Invalideinrichtungen.
Andreas Tinner	Andreas Tinner ist Leiter der Abteilung „Behinderung“ des Amtes für Soziales des Kantons St.Gallen.	Herr Tinner kann als Vertreter einer Fachstelle mit dem gleichen Aufgabebereich eines anderen Kantons interkantonale Vergleiche anstellen.
Marita Verbali	Marita Verbali ist Leiterin des Fachbereichs „Psychiatrie“ der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich.	Frau Verbali ist Fachfrau für Psychiatrieplanung bei der Gesundheitsdirektion. Die psychiatrische Versorgung stellt eine zentrale Schnittstelle zum Bereich der Invalideinrichtungen dar. Frau Verbali hat die Einrichtungen der Psychiatrie im Kanton Zürich vorgängig um eine Stellungnahme zu den Fragen des Expertenhearings gebeten. Die Ergebnisse der Befragung sind in diese Zusammenfassung eingeflossen.

4. Einschätzung der Fachpersonen zur Entwicklung der Nachfrage

Die Einschätzungen der Fachpersonen am Hearing vom 12. September 2012 lassen sich unter vier Nachfrage relevante Aspekte zusammenfassen:

1. Veränderungen der zu betreuenden Zielgruppe
2. Veränderungen beim Hilfsumfeld der Zielgruppe
3. Veränderungen gesetzlicher Rahmenbedingungen und der Sozialversicherungspraxis
4. Veränderungen in der Aufenthaltsdauer in medizinischen Einrichtungen

In den nächsten Abschnitten werden für jeden der genannten Aspekte die entsprechenden Entwicklungen erläutert und mit der Einschätzung der Fachpersonen ergänzt, ob diese Entwicklungen

- eine *Zu- bzw. Abnahme* der Nachfrage (generelle quantitative Veränderung) oder
- qualitative Veränderungen der Nachfrage, die *Hinweise auf eine Angebotsdifferenzierung* geben wie z.B. eine Anpassung bestehender Angebote, die Entwicklung oder Bereitstellung neuer Dienstleitungen zur Folge haben werden.

Die im Folgenden präsentierten Einschätzungen zur Nachfrageentwicklung beruhen auf denjenigen Aussagen der Fachpersonen, für die sich am Hearing eine Mehrheit erkennen liess. Unterschiedliche Einschätzungen werden ausgewiesen.

4.1 Veränderungen der zu betreuenden Zielgruppe

Tabelle 2: Erwartete Entwicklungstendenzen nach Zielgruppe

von den Fachpersonen genannte Entwicklungen	erwartete Tendenz in der Entwicklung und Auswirkungen auf die Nachfrage
weitere Steigerung der Lebenserwartung der Menschen mit Behinderung	<p>Die Lebenserwartung der Menschen mit Behinderung steigt weiterhin. Dies führt dazu, dass die Anzahl älterer Menschen mit Behinderung in den Invalideneinrichtungen weiter zunehmen wird. Diese Entwicklungen legen einen Ausbau der pflegerischen Angebote in den bestehenden Einrichtungen nahe.</p> <p>Nachfragetendenz: Zunahme der Platznachfrage und Hinweise auf eine Angebotsdifferenzierung</p>
Zunahme von psychischen Erkrankungen / Behinderungen	<p>Die Anzahl der Menschen mit einer psychischen Erkrankung / Behinderung in der Bevölkerung nimmt weiter zu. Dies hat eine Erhöhung der Nachfrage nach Angeboten für diese Zielgruppe zur Folge.</p> <p>Nachfragetendenz: Zunahme der Platznachfrage</p> <p>Wohneinrichtungen, aber auch Arbeits- und Werkstätten, die sich auf ein jüngeres Klientel mit psychischen Erkrankungen ausrichten (18-25 Jahre), sind rar. Dieses Patientensegment benötigt einen erweiterten pädagogischen Rahmen.</p> <p>Nachfragetendenz: Hinweise auf eine Angebotsdifferenzierung</p>
<p>medizinischer Fortschritt</p> <ul style="list-style-type: none"> - geistig behinderte Menschen - Menschen mit einer Hirnverletzung 	<p>Generell wird davon ausgegangen, dass der medizinische Fortschritt – vor allem in der Neonatologie – die Überlebenschancen von Menschen mit schweren und schwersten Behinderungen hebt, sodass es mehr Menschen mit einer schweren oder schwersten Behinderung geben und der Pflegeaufwand tendenziell weiter ansteigen wird. In der Bildungsstatistik des Kantons Zürich zeigt sich bei gewissen Behinderungsarten eine gegenläufige Tendenz: Zwischen 2007 und 2011 ist die Zahl der Kinder / Jugendlichen mit einer schwereren geistigen Behinderung (praktisch Bildungsfähige) oder mit mehrfachen Behinderungen im einstelligen Prozentbereich zurückgegangen.</p> <p>Nachfragetendenz: unklare Tendenz in der Platznachfrage</p> <p>Hirnverletzte haben heute grössere Überlebenschancen aufgrund des medizinischen Fortschritts. Diese Menschen äussern meist das Bedürfnis nach einer anspruchsvolleren Beschäftigung als die eher auf Routinetätigkeiten ausgerichtete Arbeit, die für Menschen mit einer anderen Behinderung sinnvoll ist. Dies legt den Ausbau von Arbeitsplätzen mit anspruchsvolleren Tätigkeiten nahe.</p> <p>Nachfragetendenz: Zunahme der Platznachfrage und Hinweise auf eine Angebotsdifferenzierung</p>

von den Fachpersonen genann- te Entwicklungen	erwartete Tendenz in der Entwicklung und Auswirkungen auf die Nachfrage
<p>frühzeitige Alterungserscheinungen</p> <ul style="list-style-type: none"> - psychisch kranker Menschen und - Menschen mit Trisomie 21 	<p>Menschen mit einer psychischen Erkrankung / Behinderung leiden häufig früher unter chronischen und somatischen Krankheiten als psychisch gesunde Gleichaltrige. Sie werden somit früher pflegebedürftig. Auch Menschen mit Trisomie 21 werden im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung früher dement und pflegebedürftig. Gemäss Einschätzungen der Fachpersonen besteht eine Versorgungslücke für diese Zielgruppen.</p> <p>Nachfragetendenz: Hinweise auf eine Angebotsdifferenzierung</p>
<p>erhöhte Gewaltbereitschaft</p>	<p>Vor allem aufgrund kriegstraumatisierter IV-Bezüger/-innen und jüngerer Menschen mit geistiger Behinderung mit erhöhter Auto- und Fremdaggression werden die Mitarbeiter/-innen in Invalideinrichtungen vermehrt mit Gewalt konfrontiert. Dies zieht einen erhöhten Betreuungsaufwand nach sich und verlangt unter Umständen eine spezielle Infrastruktur.</p> <p>Nachfragetendenz: Hinweise auf eine Angebotsdifferenzierung</p>

4.2 Veränderungen im Hilfsumfeld der Zielgruppen

Tabelle 3: Erwartete Entwicklungstendenzen im Hilfsumfeld der Zielgruppen

von den Fachpersonen genann- te Entwicklungen	erwartete Tendenz in der Entwicklung und Auswirkungen auf die Nachfrage
<p>Betreuungsumfang des familiären Hilfsumfeldes</p>	<p>Ein Teil der befragten Fachpersonen geht davon aus, dass die heute geleistete Betreuung der Eltern oder Angehörigen von Menschen mit Behinderung in Zukunft – aufgrund verschiedener gesellschaftlicher Entwicklungen wie z.B. die Berufstätigkeit der Frauen oder die Bedeutung von intergenerationeller Solidarität – zurückgehen wird. Ein anderer Teil der Fachpersonen ist skeptisch, ob es tatsächlich zu einer Abnahme der Betreuung durch das familiäre Umfeld kommen werde.</p> <p>Nachfragetendenz: keine Veränderung der Platznachfrage, ev. leichte Zunahme</p>
<p>Älterwerden des Hilfsumfeldes</p>	<p>Die zurzeit noch überdurchschnittlich steigende Lebenserwartung der Menschen mit Behinderung im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung kann möglicherweise dazu führen, dass hochbetagte Eltern plötzlich nicht mehr in der Lage sein werden, die Betreuungsarbeit für ihre erwachsenen Kinder zu leisten. Dies könnte eine zunehmende Nachfrage nach sich ziehen. Die Fachpersonen weisen allerdings auch darauf hin, dass die Lebenserwartung in der Bevölkerung ebenfalls noch ansteigen werde und daher Eltern ebenfalls länger in der Lage sein werden, ihre behinderten Kinder betreuen zu können.</p> <p>Nachfragetendenz: keine Veränderung der Platznachfrage, ev. leichte Zunahme</p>

von den Fachpersonen genann- te Entwicklungen	erwartete Tendenz in der Entwicklung und Auswirkungen auf die Nachfrage
Tragfähigkeit des Hilfsumfeldes	<p>Im Bereich der Sonderschulen stellen die Fachpersonen fest, dass vermehrt Kinder in Schulinternate aufgenommen werden, deren Eintrittsindikation nicht primär von der Behinderung geprägt ist, sondern aufgrund von Belastungen im sozialen Umfeld erfolgt. Die Fachpersonen beobachten eine Abnahme der Tragfähigkeit des Hilfsumfeldes und gehen davon aus, dass sich diese Entwick- lungen in Zukunft noch akzentuieren werden. Die sozial indizierte stationäre Betreuung im Kindes- oder Jugendalter könnte sich später auf die Nutzung der Invalideneinrichtungen auswirken.</p> <p>Nachfragetendenz: Zunahme der Platznachfrage</p>

4.3 Veränderungen gesetzlicher Rahmenbedingungen und der Sozialversicherungspraxis

Tabelle 4: Erwartete Entwicklungstendenzen im Zusammenhang mit gesetzlichen Rahmenbe- dingungen

von den Fachpersonen genann- te Entwicklungen	erwartete Tendenz in der Entwicklung und Auswirkungen auf die Nachfrage
Inkrafttreten der UNO- Behindertenrechtskonvention in der Schweiz	<p>Eine Motion von Nationalrätin Pascale Bruderer forderte im Jahr 2006 den Bundesrat auf, Schritte für eine Unterzeichnung und Ratifikation der UNO-Behindertenrechtskonvention⁷ einzuleiten. Der Bundesrat antwortete, dass eine Unterzeichnung und Ratifi- kation grundsätzlich wünschens- und prüfenswert sei. Im ent- sprechenden Gutachten der Universität Bern ist zu lesen, dass die schweizerische Rechtsordnung grundsätzlich mit der Konvention übereinstimme, aber in einigen Bereichen noch gesetzgeberischer Anpassungsbedarf bestünde.⁸ Daraufhin beschloss der Bundesrat, das Vernehmlassungsverfahren für eine Ratifikation zu eröffnen. Das Verfahren wurde am 15. April 2011 abgeschlossen. Die Ver- öffentlichung des Vernehmlassungsberichts steht noch aus.⁹</p> <p>Es wird erwartet, dass Menschen mit einer Behinderung nach einer Ratifizierung der Konvention vermehrt den Anspruch auf eine möglichst autonome Lebensführung geltend machen werden. Dies könnte mittel- und langfristig zu einer individuelleren Inan- spruchnahme von Angeboten führen und vermehrt Wünsche nach einer erhöhten Durchlässigkeit zwischen stationären und ambu- lanten Angeboten auslösen. Tendenziell wird die Nachfrage nach ambulanten Angeboten zunehmen, weil jene, die diese Angebote präferieren, ihre Ansprüche vermehrt geltend machen werden.</p> <p>Nachfragetendenz: Abnahme der Platznachfrage und Hinweise auf eine Angebotsdifferenzierung</p>

⁷ Die UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist unter folgender Webadresse zu finden: <http://www.edi.admin.ch/ebgb/00564/00566/00569/01680/index.html?lang=de> (Stand: 10.10.2012)

⁸ Das Gutachten ist unter folgender Webadresse zu finden: <http://www.edi.admin.ch/ebgb/00564/00566/00569/01680/index.html?lang=de> (Stand: 10.10.2012)

⁹ Egalité Handicap (2012): Die UNO-Behindertenkonvention. Online unter: <http://www.egalite-handicap.ch/uno-behindertenkonvention.html> (Stand: 10.10.2012).

von den Fachpersonen genann- te Entwicklungen	erwartete Tendenz in der Entwicklung und Auswirkungen auf die Nachfrage
vermehrte Integration in Regel- klassen	<p>Kinder / Jugendliche mit einer Behinderung werden vermehrt in Regelklassen integriert. Die damit verbundene Steigerung der Selbstständigkeit könnte gemäss den Einschätzungen der Fach- personen dazu führen, dass im Erwachsenenalter inskünftig weni- ger stationäre Angebote in Anspruch genommen werden.</p> <p>Nachfragetendenz: Abnahme der Platznachfrage</p> <p>Die eingeschränkte Finanzierung der IV-Anlehren/PrA INSOS durch die IV hinterlässt gemäss den Fachpersonen eine Lücke bei den Anschlussmöglichkeiten nach Abschluss der Regelschule. Jugendliche, welche die Regelschule absolviert haben, hätten unter Umständen andere Präferenzen als der Eintritt in eine ge- schützte Werkstätte oder in eine stationäre Wohnsituation.*</p> <p>Nachfragetendenz: Hinweise auf eine Angebotsdifferenzierung</p>
Assistenzbeiträge	<p>a) Assistenzbeiträge für Kinder und Jugendliche</p> <p>Die Fachpersonen gehen davon aus, dass Eltern, die für ihre Kin- der in Zukunft Assistenzbeiträge in Anspruch nehmen werden, weniger stationäre Angebote nachfragen werden. Laut ihren Ein- schätzungen bleibt allerdings abzuwarten, was passiert, wenn diese Kinder volljährig werden und die Assistenzbeiträge in eige- ner Regie beantragen und verwalten müssen.</p> <p>Nachfragetendenz: leichte Abnahme der Platznachfrage</p> <p>b) Assistenzbeiträge für Erwachsene mit Behinderung</p> <p>Das Bundesamt für Sozialversicherungen und die Invalidenversi- cherung gehen davon aus, dass die Einführung von Assistenzbei- trägen zu einer Abnahme von stationären Plätzen führen wird. Schwierig vorherzusagen ist allerdings, wie gross die Abnahme sein werde, weil die Anforderungen für eine Inanspruchnahme relativ hoch sind. Es wird mit keinen spürbaren Auswirkungen gerechnet.</p> <p>Nachfragetendenz: keine Auswirkungen</p>
veränderte IV-Berentungspraxis	<p>Die Fachpersonen weisen darauf hin, dass IV-Renten bei psychi- scher Behinderung zunehmend zurückhaltender ausgesprochen werden.</p> <p>Nachfragetendenz: leichte Abnahme der Platznachfrage</p>

* Anmerkung der Autoren in Ergänzung zum Hearing: Die Problematik einer Anschlusslösung nach der Beendi- gung der Sonderschule zeigt sich insbesondere auch bei jungen Menschen mit Autismus.

4.4 Veränderungen in der Aufenthaltsdauer in medizinischen Einrichtungen

Tabelle 5: Erwartete Entwicklungstendenzen im Zusammenhang mit medizinischen Einrichtungen

von den Fachpersonen genannte Entwicklungen	erwartete Tendenz in der Entwicklung und Auswirkungen auf die Nachfrage
<p>kürzere Aufenthaltsdauer in der stationären Psychiatrie</p>	<p>Die Behandlung in psychiatrischen Kliniken ist seit einigen Jahren stärker auf akute Krankheitsphasen fokussiert. Wurden bislang Menschen mit chronischen psychischen Behinderungen über längere Zeiträume hinweg in psychiatrischen Kliniken hospitalisiert, werden diese heute vermehrt in Wohnheimen untergebracht. Dies stellt die Wohnheime vor entsprechende Herausforderungen, da ein Teil dieser Personen sich durch einen instabilen Krankheitsverlauf, Verhaltensauffälligkeiten und ein niedriges Strukturniveau in der Alltagsbewältigung auszeichnet. Da die Zugangsschwellen und Selektionskriterien der bestehenden Wohnheime für diese Menschen oft zu hoch sind, wären Angebote mit niedrigem Anforderungsniveau und intensiverer Betreuung angezeigt.</p> <p>Nachfragetendenz: Hinweise auf eine Angebotsdifferenzierung</p> <p>Verschiedene Wohnheime im Kanton Zürich haben bereits auf diese neue Situation reagiert. So wurden beispielsweise kontinuierliche Schulungen zu psychiatrischen Themen, Fall- und Supervisionen durch psychiatrisch ausgebildete Fachpersonen eingeführt oder vermehrt psychiatrisch geschultes Fachpersonal angestellt. Dies erhöht die Tragfähigkeit der Wohnheime für Menschen mit schwereren psychischen Beeinträchtigungen und verbessert die Zusammenarbeit mit psychiatrischen Einrichtungen.</p>
<p>kürzerer Aufenthalt in der Rehabilitation bei hirnverletzten Menschen</p>	<p>Gemäss Aussagen der Fachpersonen treten Personen mit einer Hirnverletzung früher aus den Kliniken aus und demzufolge früher in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung ein. Diese Entwicklung verlangt nach ergänzenden Qualifikationen des Personals, namentlich im Bereich Pflege.</p> <p>Nachfragetendenz: Hinweise auf eine Angebotsdifferenzierung</p>

5. Zusammenfassung

In folgender Tabelle sind die Entwicklungstendenzen sowie die Auswirkungen auf die Platznachfragen und die zukünftige Angebotsentwicklung (Differenzierung des Angebots) zusammengefasst.

Tabelle 6: Synthese der Entwicklungstendenzen und Auswirkungen auf die Nachfrage

von den Fachpersonen erwartete Entwicklungen	Prognose Platznachfrage	Hinweise für eine Angebotsdifferenzierung
weitere Steigerung der Lebenserwartung der Menschen mit Behinderung	Zunahme der Platznachfrage	erhöhter Pflegebedarf
Zunahme von psychischen Erkrankungen / Behinderungen	Zunahme der Platznachfrage	Angebote für junge Erwachsene
medizinischer Fortschritt - Menschen mit schweren Behinderungen - Menschen mit einer Hirnverletzung	unklare Tendenz in der Platznachfrage (bei Menschen mit schweren Behinderungen)	-
	Zunahme der Platznachfrage (bei Menschen mit einer Hirnverletzung)	Arbeitstätigkeiten mit anspruchsvolleren Tätigkeiten
frühzeitige Alterungserscheinungen - psychisch kranker Menschen - Menschen mit Trisomie 21	-	erhöhter Pflegebedarf (Demenz- und Psychiatriepflege)
erhöhte Gewaltbereitschaft	-	erhöhter Betreuungsaufwand und spezielle Infrastruktur nötig
sinkender Betreuungsumfang des familiären Hilfsumfeldes	keine Veränderung der Platznachfrage, ev. leichte Zunahme	-
Älterwerden des Hilfsumfeldes	keine Veränderung der Platznachfrage, ev. leichte Zunahme	-
sinkende Tragfähigkeit des Hilfsumfeldes	Zunahme der Platznachfrage	-
Inkrafttreten der UNO-Behindertenrechtskonvention in der Schweiz	Abnahme der Platznachfrage	Differenzierung der Angebote (Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen stationärem und ambulantem Angebot)
vermehrte Integration in Regelklassen	Abnahme der Platznachfrage	Anschlusslösungen nach Beendigung der Regelklasse
Assistenzbeiträge - für Kinder und Jugendlichen - für Erwachsene	leichte Abnahme der Platznachfrage (Kinder und Jugendliche)	-
	keine Auswirkungen (Erwachsene)	
veränderte IV-Berentungspraxis (v.a. psychische Behinderung)	leichte Abnahme der Platznachfrage	-
kürzere Aufenthaltsdauer in der stationären Psychiatrie	-	erhöhter Pflegebedarf (Psychiatriepflege)
kürzerer Aufenthalt in der Rehabilitation bei hirnverletzten Menschen	-	erhöhter Pflegebedarf

Insgesamt überwiegen die Hinweise, die in den nächsten Jahren auf eine Steigerung der Nachfrage hindeuten. Die Aussagen der Fachpersonen gehen davon aus, dass bei folgenden Zielgruppen die Nachfrage ansteigen wird:

- ältere Menschen mit einer Behinderung
- Menschen mit einer psychischen Behinderung
- Menschen mit einer Hirnverletzung
- Menschen mit schweren und schwersten Behinderungen

Die Fachpersonen prognostizieren zudem Entwicklungen, welche individuellere Angebote für Menschen mit Behinderung notwendig machen und daher längerfristig zu einer Stabilisierung der Nachfrage von stationären Betreuungsangeboten führen dürften:

- vermehrte Integration von Kindern und Jugendlichen in Regelklassen
- Zunahme der Inanspruchnahme von Assistenzbeiträgen (Eltern von Kindern / Jugendlichen sowie Erwachsene)
- Inkrafttreten der UNO-Behindertenrechtskonvention in der Schweiz

In Bezug auf zukünftige Entwicklungen zur Gestaltung des Angebots geben die Fachpersonen folgende Hinweise:

- spezifische Angebote für ältere Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf
- Angebote für Menschen mit einer psychischen oder geistigen Behinderung mit einem frühzeitig erhöhten Pflegeaufwand (Psychiatrie- und Demenzpflege)
- Angebote für Menschen mit schweren und schwersten Behinderungen
- Angebote für junge Erwachsene mit psychischen Erkrankungen
- Arbeitsplätze, die anspruchsvollere Tätigkeiten umfassen, namentlich für Hirnverletzte
- generell mehr Pflegepersonal, insbesondere psychiatrisch ausgebildetes und gerontagogisch geschultes Fachpersonal

Zudem sprechen sich die Fachpersonen für eine Steigerung der Durchlässigkeit zwischen dem stationären und ambulanten Angebot aus.